Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Ausgabenpolitik

1. September 2010

Konsolidierungsprogramm 2011-2013 für den Bundeshaushalt (KOP 11/13)

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 3
1.1 Ausgangslage 3
1.2 Inhalt des Vernehmlassungsberichts 3
1.3 Angaben zum Vernehmlassungsverfahren 4

2 Auswertung der Stellungnahmen 5
2.1 Allgemeine Beurteilung des KOP 5
2.1.1 Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen 5
2.1.2 Politische Parteien 6
2.1.3 Gemeinden, Städte und Berggebiete 7
2.1.4 Spitzenverbände 8
2.1.5 Weitere interessierte Kreise 9
2.2 Massnahmenpakete I, II, V, VI 10
2.3 Massnahmenpakete III und IV: Eigenbereich der Bundesverwaltung und Massnahmen der AÜP 11
2.3.1 Zivile Bauten und Logistik 11
2.3.2 Verschiedene Massnahmen im EDA 11
2.3.3 Verschiedene Massnahmen im EJPD 11
2.3.4 Verteidigung 12
2.3.5 Verschiedene Massnahmen im VBS 12
2.3.6 Bildung 13
2.3.7 Forschung 14
2.3.8 Ergänzungsleistungen AHV / IV 15
2.3.9 Invalidenversicherung 16
2.3.10 Krankenversicherung 16
2.3.11 Familienergänzende Kinderbetreuung 16
2.3.12 Migration 16
2.3.13 Heimatschutz und Denkmalpflege; kulturelle Vorhaben 17
2.3.14 Gesundheit 18
2.3.15 Nationalstrassenbau 18
2.3.16 Regionaler Personenverkehr 19
2.3.17 Güterverkehr 19
2.3.18 Umweltschutz 20
2.3.19 Landwirtschaft: Grundlagenverbesserung, Sozialmassnahmen, Nationalgestüt 21
2.3.20 Landwirtschaft: Absatzförderung, Marktstützung und Direktzahlungen 23
2.3.21 Verschiedene Massnahmen im EVD 24
2.3.22 Personal 25
2.3.23 Beratungsaufwand 25
2.3.24 Informatik 26
2.3.25 Übriger Eigenbereich der Bundesverwaltung 26
2.3.26 Post- und Fernmeldeverkehr: Abgeltung an die Provider in der Fernmeldeüberwachung 26
2.3.27 Abgeltung für Zeitungstransporte 26
2.3.28 Radio und Fernsehen: Bundesbeiträge zur Finanzierung von Swissinfo 27
2.3.29 Auswanderungsberatung 27
2.3.30 Gewährung von Bürgschaften in Berggebieten 27
2.3.31 Totalrevsion des Alkoholgesetzes 28
2.3.32 Teilrevision von Asyl- und Ausländergesetz 28
2.3.33 Einnahmenseitige Massnahmen: Erhöhung der Tabaksteuer 28
2.3.34 Einnahmenseitige Massnahmen: Anpassung der Gebühren zur Kostendeckung 28
2.4 Alternative Massnahmenvorschläge 28

Anhang

- Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Im August 2009 hat der Bundesrat den Finanzplan 2011–2013 verabschiedet. Obwohl damals davon ausgegangen wurde, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2011 überwunden sein würde, enthielt der Finanzplan Finanzierungsdefizite von jährlich rund 4 Milliarden und einen steigenden Bereinigungsbedarf gemäss Schuldenbremse von 2,5 bis 4 Milliarden. Seither haben sich die konjunkturellen Aussichten aufgehellt. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten und das Ausgabenwachstum auch in der Zeit nach 2010 auf einen nachhaltigen Kurs zu begrenzen, sind Konsolidierungsmassnahmen im Umfang von jährlich 1,5 bis 2 Milliarden nötig. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat vom 14. April bis 28. Mai 2010 eine Vernehmlassung zu einem Konsolidierungsprogramm mit einem Entlastungsvolumen von rund 1,5 Milliarden pro Jahr durchgeführt.[1]

1.2 Inhalt des Vernehmlassungsberichts

Wie die Entlastungsprogramme 2003 und 2004 soll auch das Konsolidierungsprogramm im Wesentlichen auf der Ausgabenseite ansetzen. Es besteht aus sechs Massnahmenpaketen:

I Kompensation vorgezogener Investitionen: In einem ersten Schritt werden Investitionen kompensiert, die im Rahmen der ersten zwei Konjunkturstabilisierungsprogramme zeitlich vorgezogen wurden, aber im Finanzplan vom 19. August 2009 noch eingestellt waren. Die Massnahme, welche den Haushalt bereits im Voranschlag 2011 sowie im Finanzplanjahr 2012 um je rund 180 Millionen entlastet, hat weder Aufgabenverzichte noch Verzögerungen bei bestehenden Investitionsplanungen zur Folge.

II Anpassung der Ausgaben an die tiefere Teuerung: Die veränderte Konjunkturlage hat sich im aktuellen Finanzplan asymmetrisch auf Einnahmen und Ausgaben ausgewirkt: Während die Einnahmen und Ausgaben wie Passivzinsen oder Beiträge an die Sozialversicherungen fortlaufend an die neuen konjunkturellen Eckwerte angepasst wurden, wurde bei zahlreichen anderen Ausgabenpositionen eine konstante Teuerung von jährlich 1,5 Prozent unterstellt. Da die effektive Teuerung in den Jahren 2009-2011 jedoch voraussichtlich deutlich tiefer liegen wird, führte dies zu einem ungewollten realen Ausbau. Mit einer nachträglichen Korrektur von durchschnittlich 2,4 Prozent auf allen Krediten, bei denen die Teuerung nicht automatisch berücksichtigt wird, soll deshalb wieder eine symmetrische Behandlung sämtlicher Ausgabenpositionen erreicht und ein ungewollter realer Ausbau verhindert werden.

III Querschnittsmassnahmen im Eigenbereich der Verwaltung: Der Eigenbereich der Verwaltung soll mit Kürzungen bei Personal, Informatik, Beratungsaufwand und übrigem Sachaufwand proportional zur Haushaltentlastung beitragen.

IV Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung: Im Ergänzungsbericht zum Legislaturfinanzplan 2009-11 hat der Bundesrat im April 2008 die Reformstossrichtungen aus der Aufgabenüberprüfung festgelegt. Im Konsolidierungsprogramm werden die Massnahmen umgesetzt, die sich ohne oder nur mit geringfügigen Gesetzesanpassungen kürzerfristig realisieren lassen. Tiefer greifende Reformen der Aufgabenüber-

[1] http://www.efd.admin.ch/themen/00796/01673/index.html?lang=de.

prüfung, die eine längere Vorbereitung erfordern, werden durch die zuständigen Departemente in separaten Vorlagen und nach eigenem Zeitplan vorangetrieben.

V Passivzinsen: Im Finanzplan 2012–2014 liegen die Zinsausgaben deutlich tiefer als ursprünglich angenommen. Diese Reduktion ist zur Hauptsache auf das unerwartet gute Rechnungsergebnis 2009 und den dadurch ermöglichten Schuldenabbau zurückzuführen. Entscheidend dazu beigetragen hatte die erfolgreiche Beendigung des Engagements bei der UBS AG im August 2009: Die daraus resultierenden Mittel wurden zur Reduktion der Bundesschuld eingesetzt. Die deutliche Entlastung beim Schuldendienst wird dem Konsolidierungsprogramm als separates Volet angerechnet. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau nicht Selbstzweck sind, sondern finanzpolitischen Handlungsspielraum für die Zukunft generieren.

VI Einnahmenseitige Massnahmen: Mit einer Erhöhung der Tabaksteuer um 20 Rappen pro Paket sowie drei nichtfiskalischen Massnahmen soll auch die Einnahmenseite einen massvollen Beitrag in der Grössenordnung von 100 Millionen zur Haushaltkonsolidierung beitragen.

Insgesamt kann mit dem Konsolidierungsprogramm das durchschnittliche jährliche Ausgabenwachstum im Zeitraum 2008–2014 unter Ausklammerung der verzerrenden Effekte aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung auf rund 2,6 Prozent gesenkt werden. Damit dürften sowohl das Ziel einer Stabilisierung der Ausgabenquote des Bundes erreicht als auch ein wesentlicher Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse geleistet werden.

Parallel zum Konsolidierungsprogramm wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vernehmlassung auch die Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung[2] zur Stellungnahme unterbreitet.

1.3 Angaben zum Vernehmlassungsverfahren

Am 14. April 2010 wurde das Vernehmlassungsverfahren zum Konsolidierungsprogramm des Bundesrats und zum Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung eröffnet. Mit Blick auf den engen Zeitplan für die rechtzeitige Verabschiedung von Botschaft und Gesetzesentwurf zum KOP an die Bundesversammlung hat der Bundesrat beschlossen, die Vernehmlassung gestützt auf Artikel 7 Absatz 3 des Vernehmlassungsgesetzes vom 18. März 2005 (VlG; SR 172.061) im Dringlichkeitsverfahren durchzuführen. Für die schriftlichen Stellungnahmen wurde dazu ein Zeitraum von sechs Wochen, d.h. vom 14. April bis 28. Mai 2010 festgesetzt. Gleichzeitig hat der Bundesrat in dieser Periode vier konferenzielle Vernehmlassungsrunden veranstaltet, die für die unterschiedlichen Vernehmlassungsteilnehmenden wie folgt durchgeführt wurden:

- 19. Mai 2010: Nicht-Regierungsparteien auf Bundesebene
- 20. Mai 2010: Regierungsparteien auf Bundesebene
- 21. Mai 2010: Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft
- 27. Mai 2010: Kantonale Direktorenkonferenzen

[2] http://www.efd.admin.ch/themen/00796/01673/index.html?lang=de.

Im Rahmen des schriftlichen Verfahrens gingen 355 Stellungnahmen (ohne Einzelpersonen) ein. Davon entfallen 39 auf die offiziell zur konferenziellen und schriftlichen Vernehmlassung eingeladenen Körperschaften. Die verbleibenden 316 eingegangenen Reaktionen stammen von weiteren interessierten Kreisen. (Die detaillierte Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden findet sich im Anhang.) Während sich die zur Stellungnahme eingeladenen Organisationen mehrheitlich zu beiden Vorlagen geäussert haben, d.h. zum KOP und zum Bericht zur Umsetzungsplanung AÜP, beschränkt sich eine grosse Mehrheit der übrigen Stellung nehmenden interessierten Kreise auf spezifische sektorielle Aspekte des Konsolidierungsprogramms. Im Vordergrund stehen dabei die Themen bzw. Politikbereiche Nationalgestüt, Landwirtschaft gefolgt von Umwelt und Umwelttechnologie, Verkehr, Gesundheit und Prävention sowie Denkmal- und Heimatschutz. Eine Übersicht über die eingegangenen Stellungnahmen gibt die nachfolgende Aufstellung:

	Einladung zur Stellungnahme	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone sowie kantonale Direktorenkonferenzen	31	21
Politische Parteien	14	8
Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3
Dachverbände der Wirtschaft	8	7
Interessierte Kreise (Verbände, Vereine, Organisationen, Firmen)	–	316
Total (ohne Einzelpersonen)	**56**	**355**
Einzelpersonen (schwergewichtig Stellungnahmen zur Massnahme Swissinfo)	–	743
Total (inkl. Einzelpersonen)	**56**	**1'098**

Systematische alternative Massnahmenkataloge wurden von der **SP**, der **SVP**, **economiesuisse** und der **SAB** unterbreitet.

2 Auswertung der Stellungnahmen

2.1 Allgemeine Beurteilung des KOP

2.1.1 Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen

Die **Kantone ZG**, **FR, BL, SH** und **AG** unterstützen im Grundsatz das Bestreben des Bundes, die Einhaltung der Schuldenbremse mit einem Konsolidierungsprogramm sicher zu stellen. Begrüsst wird grundsätzlich auch, dass in allen Bereichen Kürzungen vorgesehen würden. Diese sollten aber nicht schematisch, sondern unter Berücksichtigung der konkreten Umstände und Wirkungen - beispielsweise von gesamtgesellschaftlichen Interessen - angesetzt werden. Namentlich der Kanton **FR** äussert Besorgnis darüber, dass das Paket besonders finanzschwache, periphere und montane Regionen treffe.

Die **KdK** sowie die **Kantone LU**, **UR**, **ZG, FR, BS, BL, SH, AG, TG, TI, VS, VD, JU** und **GE** kritisieren grundsätzlich die kurze Vernehmlassungsfrist von sechs Wochen. Diese sei nicht nur gesetzlich kaum haltbar, sondern reiche auch in der Praxis bei weitem nicht aus, um die komplexe und mit grossen finanziellen Auswirkungen für die Kantone verbundene Vorlage angemessen zu prüfen, zumal in der Regel die Position mehrerer Departemente zu konsolidieren sei. Zweitens werden Notwendigkeit und Umfang des KOP 11/13 angesichts einer rascheren konjunkturellen Erholung in Frage gestellt. Drittens wird namentlich seitens **KdK** der

Einbezug rasch wirksamer AÜP-Massnahmen in das KOP 11/13 kritisiert, noch bevor die Aufgabenüberprüfung abschliessend zur Diskussion gestellt worden sei. Die KdK weist dieses Vorgehen, das den grossen Zeitdruck wesentlich mitverursache, zurück und fordert, dass das betroffene Massnahmenpaket IV integral aus dem KOP 11/13 herausgelöst und im Rahmen der AÜP ordentlich behandelt werde. Viertens sei es aus Sicht der Kantone verfehlt, zwei Jahre nach Einführung der NFA die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wieder aufzurollen. Generell solle daher auch auf die Kürzungen bei Verbundaufgaben verzichtet und die Massnahmen auf den Eigenbereich des Bundes bzw. auf ein Ausgabenmoratorium bei den drohenden Mehrbelastungen konzentriert werden. In der Folge wird gefordert, die Mehrbelastung der Kantone im Rahmen NFA zu kompensieren. Die nicht eingehaltene Haushaltneutralität sei mit jährlich 100 Millionen zu kompensieren, und zwar auch rückwirkend für die Jahre 2008-11.

Der **Kanton AG** äussert sich insbesondere auch zum Thema Lastenverschiebung sowie Mehrbelastungen der kantonalen Haushalte durch die aktuelle Bundespolitik (KOP, Spital- und Pflegefinanzierung, Revision Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Vereinheitlichung Zivil- und Strafprozessordnung; Einnahmenausfälle im Zug der diversen Steuerrevisionen). Mit ähnlichen Schwerpunkten (Lastenverschiebungen, Strapazierung der NFA-Vereinbarungen) und in dezidierter Form äussert sich der **Kanton VS**. Der **Kanton JU** ergänzt, dass die Kantone gerade bei den Steuervorlagen durch den Rückgang der eigenen Steuereinnahmen und durch die Kürzungen des Bundes in Verbundaufgaben zweimal gestraft würden. Er weist darauf hin, dass die Inzidenz der vorgeschlagenen Kürzungen bei genereller Betrachtung zwar zumutbar erscheint, bei genauerem Hinschauen aber kantonal mit empfindlichen Unterschieden zu Buche schlagen würde.

BPUK und **KÖV** fordern darüber hinaus, dass die Vorlagen des KOP dem Parlament einzeln und nicht als Paket zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Schliesslich soll generell darauf geachtet werden, dass bei den Reformen im Rahmen der Aufgabenüberprüfung der Entwicklung eines Aufgabengebiets und seiner Bedeutung für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft besser Rechnung getragen werden.

2.1.2 Politische Parteien

Die **FDP/Liberale** und die **CVP** begrüssen im Grundsatz das KOP, das einer nachhaltigen Finanzpolitik diene, den Bundeshaushalt stabilisiere und die Standortgunst der Schweiz stärke. Für die **FDP/Liberalen** ist das Programm in seinem Umfang aber ungenügend. Beinahe zwei Drittel des Entlastungsvolumens entfielen nämlich auf die Teuerungskorrektur, die Anpassung der Passivzinsen sowie die Kompensation vorgezogener Investitionen. Effektive Sparmassnahmen umfassten lediglich ein Drittel des Gesamtvolumens. Für eine langfristig tragfähige Finanzpolitik - insbesondere angesichts der drohenden Mehrbelastungen - seien deutlich stärkere Sparanstrengungen nötig.

Die **CVP** hält fest, dass das KOP 11/13 konform sein müsse mit der NFA und nicht nur formelle, sondern auch faktische Lastenabwälzungen auf die Kantone nicht zulässig seien.

Die **SVP** erachtet das vorgelegte Konsolidierungsprogramm hinsichtlich Umfang und Ansatz als völlig ungenügend. Sie hält dem Bundesrat zum einen vor, die Aufgabenüberprüfung, die sie als das geeignete Instrument für eine langfristige Konsolidierung des Bundeshaushalts erachtet, zuwenig entschlossen voranzutreiben, was ein Konsolidierungsprogramm erst nötig mache. Zum andern kritisiert sie angesichts einer unsicheren Konjunkturentwicklung mit möglichen Einnahmenminderungen sowie der drohenden Mehrbelastungen das viel zu geringe Entlastungsvolumen, sowohl im KOP als auch bei der AÜP. Gestützt darauf fordert sie deutlich einschneidendere Sparmassnahmen und unterbreitet eine Liste mit eigenen Vorschlägen.

Die **SP** lehnt das Konsolidierungsprogramm aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Sie hält die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen nicht für gegeben. Insbesondere weist

sie eine ausgabenseitig orientierte Strategie zur Haushaltstabilisierung zurück. Während dadurch kurzfristig die Konjunkturerholung verlangsamt werde, sei langfristig eine Beeinträchtigung der Standortgunst als Folge vernachlässigter Investitionen in entscheidende Entwicklungsbereiche des Landes der Preis. Die SP unterbreitet in der Folge einen alternativen einnahmenseitigen Massnahmenkatalog zur Stabilisierung des Bundeshaushalts.

Die **Grünen** lehnen das Konsolidierungsprogramm sowie die Massnahmen der Aufgabenüberprüfung generell ab. Sie kritisieren insbesondere, dass die verschiedenen Steuererleichterungen das strukturelle Defizit erst verursacht hätten, das es nun mit einem Konsolidierungsprogramm auf der Ausgabenseite wieder bereinigen gelte. Statt dieser rückwärtsgerichteten Finanzplanung, die die Innovationskraft der Schweiz namentlich in der Klimapolitik schwäche oder auch die Kosten des Sozialwesens auf Kantone und Gemeinden überwälze, brauche der Bund zusätzliche Einnahmen. Die Partei fordert eine weitsichtige und kohärente Planung der Bundesaufgaben und deren Finanzierung, welche langfristige Perspektiven eröffne.

Die **CSP** ist mit dem Konsolidierungsprogramm nur teilweise einverstanden. Kritisch wird angemerkt, dass das Programm auch Einsparungen bei Verbundaufgaben umfasse, was faktisch meist zu Lastenverschiebungen auf die Kantone führe, und dass praktisch ausschliesslich auf der Ausgabenseite angesetzt werde. Die CSP fordert auch einnahmenseitige Massnahmen, so namentlich eine nationale Erbschaftssteuer, die Besteuerung von Boni, Eintritts- und Abgangsentschädigungen und massvolle Erhöhungen bei der Schwerverkehrsabgabe oder auch bei der Mineralölsteuer.

Die **EVP** begrüsst grundsätzlich das KOP. Es setze vornehmlich auf der Ausgabenseite an, was für nachhaltige Vermögensverhältnisse des Bundes wichtig sei. Ebenso weise das Programm ein ausgewogenes Verhältnis von Sparvorschlägen im Transfer- und im Eigenbereich auf und vermöge, Lastenverschiebungen auf die Kantone weitgehend zu vermeiden. Die EVP kritisiert allerdings die teils vorschnellen Steuererleichterungen und fordert einerseits einen Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform III, andererseits die Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Mit den Massnahmen von KOP und Aufgabenüberprüfung ist die **EVP** mehrheitlich einverstanden. Ebenfalls begrüsst wird die Zweiteilung der Reformen aus der Aufgabenüberprüfung.

Die **EDU** unterstützt generell die Absicht, den Bundeshaushalt mit ausgabenseitigen Massnahmen im Rahmen des KOP 11/13 und der Aufgabenüberprüfung zu konsolidieren, und stimmt den vorgelegten Massnahmen grundsätzlich zu.

Betreffend Beratungs- und Beschlussverfahren lehnen die **FDP/Liberalen** den Vorschlag ab, das KOP als Eventualplanung durchzuführen. Vielmehr fordern sie ein dringliches Verfahren, in dem das Paket dem Parlament nicht erst mit dem Budget 2011, sondern bereits in der Herbst- und Wintersession unterbreitet werde. Gestützt auf die positiven Erfahrungen mit dem EP03 solle auch das KOP als integrale Lösung vorgelegt werden. Umkehrt spricht sich die **SP** angesichts der Komplexität der Vorlage gegen ein parlamentarisches Dringlichkeitsverfahren aus.

2.1.3 Gemeinden, Städte und Berggebiete

Der **Schweizerische Städteverband SSV** hält den Bedarf für ein Konsolidierungsprogramm nicht für gegeben und warnt, damit den zaghaften konjunkturellen Aufschwung abzuwürgen. Stattdessen solle das Programm für zwei Jahre sistiert und dann erneut geprüft werden. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Unternehmenssteuerreform zu Einnahmenausfällen führe, die das KOP erst nötig machen. Der Verband kritisiert weiter die zahlreichen empfindlichen Lastenverschiebungen auf tiefere Staatsebenen und regt an, dass der Bund eine detaillierte Folgekosten-Abschätzung der Kürzungsvorschläge erstellen möge.

Die **Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete SAB** sowie der **Schweizerische Gemeindeverband** monieren zunächst die ausserordentlich kurze Vernehmlassungsfrist. Sodann wird kritisiert, dass die kurzfristigen Massnahmen aus der AÜP unterbreitet würden, ohne dass vorgängig eine Grundsatzdiskussion über Ausrichtung und Ziele der Aufgabenüberprüfung stattgefunden habe. Die SAB beantragt daher wie die KdK, dass das gesamte Massnahmenpaket IV aus dem KOP herausgelöst und zuerst im Rahmen einer Grundsatzdiskussion über die AÜP behandelt werde. Im Weiteren wird gefordert, dass auch nicht-formelle, aber faktische Lastenverschiebungen auf Kantone und Gemeinden konsequent vermieden werden. Die **SAB** hält überdies fest, dass das KOP zu einem für die Wirtschaft und insbesondere den Tourismus ungünstigen Zeitpunkt komme und die Gefahr bestehe, dass die Effekte der Konjunkturpakete zunichte gemacht werden. Sie weist überdies darauf hin, dass Effizienzpotentiale aus der NFA - namentlich auf Stufe des Bundes bei der Verwaltung von Verbundaufgaben bzw. an die Kantone abgetretenen Aufgaben - besser genutzt werden könnten. Schliesslich bemängelt der **Schweizerische Gemeindeverband,** dass insbesondere den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Soziale Wohlfahrt überdurchschnittliche Wachstumsraten zugestanden würden, strukturelle Probleme aber mit den vorgelegten Massnahmen weitgehend ausgeklammert blieben.

2.1.4 Spitzenverbände

Economiesuisse und der **Schweizerische Arbeitgeberverband** verweisen auf die grosse Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik für Stabilität und Standortgunst der Schweiz. Sie unterstützen das Konsolidierungsprogramm des Bundesrats, das den Vorgaben der Schuldenbremse mit weitgehend ausgewogenen Massnahmen und in der Regel unter Vermeidung von Lastenverschiebungen Rechnung trage. Speziell begrüsst wird der mehrheitlich ausgabenseitige Ansatz des KOP: Erstens habe der Bundeshaushalt mit Blick auf die Einnahmenentwicklung gemessen am BIP in den letzten Jahren kein Einnahmenproblem. Zweitens seien ausgabenseitige Massnahmen generell effizienter und effektiver. Drittens vermöchten einnahmenseitige Massnahmen das Grundproblem der latenten Labilität der Bundesfinanzen - das strukturell und teils durch Automatismen bedingte anhaltend hohe Ausgabenwachstum - nicht zu lösen. Aus diesem Grund seien längerfristig angelegte Strukturreformen, wie sie mit der Aufgabenüberprüfung in Aussicht gestellt würden, unumgänglich, wenn kurzfristige budgetäre Entlastungsprogramme wie das KOP künftig vermieden werden sollen. Dies gelte namentlich für die stark wachsenden Bereiche Soziale Wohlfahrt und Gesundheit. Das jetzt unterbreitete Konsolidierungsprogramm erachtet **economiesuisse** angesichts der drohenden Mehrbelastungen in den Finanzplanjahren sowie einem sehr optimistisch eingeschätzten Wirtschaftswachstum allerdings als Minimallösung. Sie fordert auf mittlere Sicht (bis 2013) weitere Massnahmen in der Höhe von mindestens 500 Millionen, die den Haushalt auf Dauer entlasten sollen, und unterbreitet dazu konkrete Sparvorschläge in den Bereichen Soziale Wohlfahrt, Bildung und Forschung, Landwirtschaft, Landesverteidigung, Verkehr sowie Kultur und Freizeit .

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB** hält die Notwendigkeit für ein Konsolidierungsprogramm nicht für erwiesen. Dies wird zum einen begründet mit grundlegender Kritik an der Schuldenbremse, die aus methodischen Mängeln strukturelle Defizite grundsätzlich überschätze. Typischerweise sei in den vergangenen Jahren aus diesem Grund regelmässig von zu tiefen Bundesseinnahmen ausgegangen worden. Hinzu käme, dass angesichts unsicherer Konjunkturaussichten ein Konsolidierungsprogramm wirtschaftspolitisch verfehlt sei. **Travail-Suisse** sowie der **Kaufmännische Verband Schweiz KV** halten die Massnahmen des Pakets IV (Massnahmen AÜP) aus denselben Überlegungen generell für unnötig und weisen sie zurück. Die anderen Massnahmenpakete I, II, V und VI sowie teilweise Paket III (ohne Personalbereich) werden hingegen unterstützt. **KV Schweiz** hält das Massnahmenpaket IV auch aufgrund von Kosten-/Nutzen-Erwägungen für fragwürdig, wie sich namentlich bei der Kürzung der familienexternen Kinderbetreuung (Investition mit langfristigem, öffentlichem Nutzen) oder der Aufhebung der indirekten Presseförderung (staatspolitische Aspekte) zeige.

Der **Schweizerische Bauernverband SBV** stellt sich gegen die vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Landwirtschaft und beantragt, dass der Bereich generell vom Konsolidierungsprogramm ausgenommen wird. Erstens sei der Anteil des Agrarsektors an den Bundesausgaben seit Mitte der 1990er Jahre von 9 auf 6 Prozent gesunken, so dass der Bereich für die strukturellen Defizite des Bundes nicht kausal verantwortlich gemacht werden dürfe. Zweitens werde die Landwirtschaft überproportional vom KOP betroffen. Drittens stünden etliche der vorgeschlagenen Massnahmen in Widerspruch zu landwirtschaftspolitischen Leitstrategien des Bundes. Im Weiteren wird auf die schlechte Einkommenssituation in der Landwirtschaft, auf Widersprüche zu den Grundsätzen der NFA und auch auf die labile Konjunktur hingewiesen.

Der **Schweizerische Gewerbeverband SGV** begrüsst die Bestrebungen des Bundesrates, den Bundeshaushalt auf lange Sicht zu stabilisieren, und unterstützt Ziele und generelle Ausrichtung des vorgelegten Konsolidierungsprogramms. Er weist auf die zentrale Bedeutung hin, die dem Bereich der Sozialen Wohlfahrt für die Bundesfinanzen in den kommenden Jahren beizumessen sei und in dem besondere, zusätzliche Anstrengungen zur Ausgabenkontrolle nötig würden.

2.1.5 Weitere interessierte Kreise

Unter den weiteren Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich umfassend zum Konsolidierungsprogramm äussern, wird die Vorlage grundsätzlich begrüsst von **BauenSchweiz**, dem **Schweizerischen Baumeisterverband**, dem **Fachverband Infra**, **Swissmem** sowie dem **Centre patronal**. Kritisch bis ablehnend Stellung genommen haben der **Schweizer Tourismus-Verband STV**, die **Fédération des Entreprises Romandes** sowie **Transfair**.

Zu einzelnen Massnahmen des Konsolidierungsprogramms haben sich zahlreiche weitere nationale und regionale Verbände, Organisationen und Agenturen mit bereichsspezifischen Interessen geäussert. Dazu zählen in den einzelnen Politikbereichen namentlich:

- *Verkehr:* TCS, VCS, Verband öffentlicher Verkehr VöV, LITRA, Schweizerischer Nutzfahrzeugverband ASTAG;
- *Bildung und Forschung:* Schweizerische Universitätskonferenz SUK, Eidgenössische Fachhochschulkommission EFHK, Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS, ETH-Rat, Schweizerischer Nationalfonds SNF;
- *Landesverteidigung:* Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG;
- *Landwirtschaft:* regionale Bauernverbände, Viehzüchter- und Agrarprodukteverbände, Organisationen des Pferdewesens sowie diverse Firmen der Agrarwirtschaft i.w.S.;
- *Migration:* Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH;
- *Umwelt und Umwelttechnologie:* WWF, Pro Natura, Ecologie libérale;
- *Heimatschutz und Denkmalpflege:* Konferenz der Schweizer Denkmalpfleger/innen, Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäolog/innen, Schweizer Heimatschutz;
- *weitere Interessen:* Verband Kindertagesstätten der Schweiz, Schweizerischer Mieter/innenverband, FMH, AIDS-Hilfe Schweiz, Krebsliga Schweiz, Swiss Olympic, Verband Schweizer Presse, Syndikat Schweizer Medienschaffender, Schweizerischer Verband der Telekommunikation sowie diverse Firmen und Konzerne verschiedener Branchen.

Eine vollständige Auflistung aller 355 institutionellen Vernehmlassungsteilnehmenden findet sich im Anhang.

2.2 Massnahmenpakete I, II, V, VI

- ***Massnahmenpakete I, II, V: Kompensation vorgezogener Investitionen, Teuerungskorrektur, Entlastung bei den Passivzinsen***

FDP/Liberale, **SVP**, **CVP, CSP** und **EVP** sowie **economiesuisse** und bedingt auch **Travail-Suisse**, der **Schweizerische Baumeisterverband** sowie das **Centre Patronal** sind mit den Kürzungen im Rahmen der Teuerungskorrektur und der Kompensation vorgezogener Investitionen grundsätzlich einverstanden. Solche Korrekturen sowie die Minderausgaben für die Passivzinsen seien indes selbstverständliche Anpassungen, die nicht als Bestandteil eines Sparprogramms ausgewiesen werden dürfen. **TravailSuisse** hält fest, dass im Fall einer erneuten Konjunkturschwäche weitere Stabilisierungsmassnahmen für den Arbeitsmarkt in Aussicht zu nehmen wären. In ähnlicher Weise meint auch der **Schweizerische Baumeisterverband**, dass der Zeitpunkt für ein Konsolidierungsprogramm aus Sicht der Baubranche mit Blick auf die tendenziell sinkende Nachfrage im 2010 eher ungünstig sei.

Die **SP** lehnt die Budgetkürzungen im Rahmen der Teuerungskorrektur sowie der Kompensation der Investitionen aus dem Stabilisierungsprogramm ab. Gründe sind zum einen die Streichung eingeplanter Mittel in wichtigen Aufgabenbereichen, wobei im Fall einer Teuerung von über 0.8 Prozent eine reale Kürzung drohe. Zum andern führe die jetzige Kompensation vorgezogener Investitionen namentlich in der Wohnbauförderung zu Engpässen in Städten und Agglomerationen und sei auch sozialpolitisch kontraproduktiv. Die **EDU** teilt mit, dass ein einheitlicher Korrektursatz den branchenspezifischen Teuerungen nicht immer Rechnung trage.

Die **KÖV, die Kantone UR, ZG, TI** sowie der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** lehnen die Teuerungskorrektur im Regionalen Personenverkehr ab. Generell solle die Nachfrageentwicklung in der Mobilität, und nicht die Teuerung angewandt werden bei der Bemessung der Mittel für den öffentlichen Verkehr. Mit den unterbreiteten Massnahmen im öffentlichen Verkehr (teuerungs- statt nachfragebedingte Veränderung der Kantonsquote, Rückzug aus nachfrageschwachen Linien) stelle sich die Frage, welche Akzente der Bund in der Verkehrspolitik überhaupt noch setzen möchte. Spezifisch wird angeführt, dass mit der vorgesehenen Kürzung eine faktische Lastenverschiebung verbunden sei, da die Kantone etwa für das Jahr 2011 keine Möglichkeiten mehr hätten, auf der Leistungsseite Anpassungen vorzunehmen. Zu prüfen sei, ob In Hinkunft die Teuerung nicht unverzüglich angepasst werden könne.

Der **SBV** ist mit der Teuerungskorrektur im Bereich Landwirtschaft nicht einverstanden, da dieser Bereich überproportional von der Massnahme tangiert sei. Die Kürzungen bei den Milchzulagen - einem Pfeiler des Milchmarktes - würden den Milchpreis weiter unter Druck setzen. Der SBV beantragt, dass die Teuerungskorrektur in der Landwirtschaft stark reduziert und von Kürzungen der Milchzulagen abgesehen wird.

Der **ETH-Rat** lehnt die Teuerungskorrektur im Bereich Bildung und Forschung ab, da sie einer Stop-and-Go-Politik entspreche, welche die für eine wirksame mehrjährige Steuerung erforderliche Kontinuität und Planungssicherheit beinträchtige.

Unbestritten ist die Haushaltsentlastung bei den Passivzinsen.

- ***Massnahmenpaket: VI: Einnahmenseitige Massnahmen***

CSP, EVP sowie **TravailSuisse** sind mit den einnahmenseitigen Massnahmen (Erhöhung Tabaksteuer, Vermögensausscheidung EAV, Erhöhung Mindestabgabe Wehrpflichtersatz, Gebührenanpassung zur Kostendeckung) einverstanden, der **Schweizerische Baumeisterverband** stellt sich nicht gegen die Erhöhung der Tabaksteuer.

Economiesuisse lehnt die einnahmenseitigen Massnahmen aus grundsätzlichen Überlegungen ab, sofern sie nicht mit anderweitigen Massnahmen auf der Einnahmenseite in gleicher Höhe kompensiert würden. Aus ähnlichen Erwägungen sowie mit Blick auf die steigen-

den Anreize für den Zigarettenschmuggel äussert sich auch das **Centre Patronal** kritisch zum Massnahmenpaket.

2.3 Massnahmenpakete III und IV: Eigenbereich der Bundesverwaltung und Massnahmen der AÜP

2.3.1 Zivile Bauten und Logistik

Der **Kanton TI** gibt erneut seiner Erwartung Ausdruck, dass der Neubau für das neue Bundesstrafgericht in Bellinzona wie geplant vorgenommen werde.

Der **Kanton VD** und der **SBV** weisen darauf hin, dass die mit der Massnahme verbundenen Verzögerungen bei den vorgesehenen Ersatzneubauten der Agroscope-Anstalt in Changins zu einer Beeinträchtigung von Leistungsfähigkeit und Reputation des Instituts führten.

Die **EVP** stimmt den vorgeschlagenen Massnahmen zu. Sie weist indes daraufhin, dass die Arbeit des Bundesstrafgerichts in Bellinzona nicht übermässig eingeschränkt werden dürfe. Die **EDU** fordert, die Massnahme um die Umnutzung von nicht mehr benötigten VBS-Immobilien für Verwaltungszwecke zu erweitern.

Das **Bundesstrafgericht** lehnt die Massnahme ab mit Blick auf die heute prekären Raumverhältnisse, auf die Autonomie der Gerichte sowie auf die Folgekosten einer Projektetappierung. Bedenken aus verschiedenen Gründen äussern auch der **Museumsrat des SNM** und das **Schweizer Filmarchiv**.

Für den **Schweizerischen Baumeisterverband** ist die Massnahme akzeptierbar.

2.3.2 Verschiedene Massnahmen im EDA

- ***Umstrukturierung des Aussennetzes***

Die **EVP** stimmt der Massnahme zu.

Die **SP** lehnt weitere Massnahmen zur Straffung des Aussennetzes ab, da dieses nicht nur eine Service-public-Funktion für die Auslandschweizergemeinde erfülle, sondern weil der internationalen Präsenz und Vernetzung für die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen – namentlich auch zu den europäischen Staaten – grosse Bedeutung zukomme. Auch die **Auslandschweizer-Organisation** warnt vor eine weiteren Ausdünnung des Aussennetzes.

- ***Vollständige Übernahme der Genfer Sicherheitspolitischen Zentren durch das EDA***

Die **EVP** stimmt der Massnahme zu. Hingegen lehnt die **CSP** die Massnahme ab, falls sich daraus Einschränkungen der bisherigen Tätigkeiten in der Friedensförderungen ergeben.

- ***Reduktion der Aktivitäten von Präsenz Schweiz und weitere Massnahmen***

Die **EVP** stimmt der Massnahme zu. Hingegen wird sie vom **Schweizer Tourismus Verband STV** und von **GastroSuisse** abgelehnt, die negative Auswirkungen bei einem reduzierten Engagement in der Landeskommunikation befürchten.

2.3.3 Verschiedene Massnahmen im EJPD

- ***Fürsorgeverrechnung Liechtenstein***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Einschränkung für neue Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug***

Die **SP** lehnt die Massnahme ab, da sie innovative Ansätze im Straf- und Massnahmenvollzug tangiere, mit denen letztlich Einsparungen gegenüber dem klassischen Vollzug angestrebt würden. Ebenfalls ablehnend äussern sich die **KdK** sowie die Kantone **LU, ZG, FR, TG, TI, JU**, da die Kürzung die aktuellen Reformen im Strafvollzug unterbreche und die Erprobung neuer Vollzugsformen nicht mehr zulasse. Dies geschehe notabene in einem Bereich, der politisch sensibel sei und im Zuge des gesellschaftlichen Wandels einer grösseren Dynamik unterstehe. Da die Modellversuche längerfristig zu planen seien, gehe mit der Massnahme eine faktische Kostenverlagerung auf die Kantone einher.

- ***Bibliothekskredit Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Massnahmen im Bundesamt für Metrologie***

Verschiedene **Kalibrierlabors** sowie die **Universität Neuenburg** weisen auf die erheblichen wirtschaftlichen und technischen Komplikationen im Zuge der Massnahme hin, mit der nur geringe direkte Ersparnisse erzielt werden könnten.

2.3.4 Verteidigung

Die **SP** lehnt die Schaffung eines Ausgabenplafonds 2010-15 in der vorgeschlagenen Höhe ab und beantragt, Art. 4, Abs. 3 KOPG ersatzlos zu streichen. Die Schaffung eines neuen Ausgabenplafonds widerspreche zum einen früheren Beschlüssen im Rahmen der Botschaft zum Entwicklungsschritt 2008/11. Zum anderen werde die parlamentarische Budgethoheit mit der weitreichenden Flexibilität bei Spezifikation und Jährlichkeit untergraben, was angesichts der unklaren Zukunft der Armee - u.a. ausgedrückt im Bericht zur Umsetzungsplanung AÜP - für die SP nicht annehmbar sei.

Die **EVP** begrüsst den vorläufigen Verzicht auf neue Rüstungsvorhaben. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Armee sei unumgänglich, dabei seien namentlich Varianten mit kleineren Beständen oder Durchdienermodellen zu prüfen. Im Zentrum stehe dabei die Senkung der Betriebskosten.

Die **Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG** begrüsst die vorgesehene Verlängerung des Ausgabenplafonds. Sie lehnt hingegen alle Einsparungen im Verteidigungsbudget in den kommenden Jahren ab, da die damit implizierten Kürzungen im Beschaffungsbereich die verfassungsmässige Aufgabenerfüllung der Armee endgültig verunmöglichen würden. Zu berücksichtigen sei überdies, dass finanzpolitische Entscheide vor Abschluss des Sicherheitspolitischen Berichts und des Armeeberichts verfrüht seien.

2.3.5 Verschiedene Massnahmen im VBS

- ***Beiträge an die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich***

SP und **CSP** lehnen die Redimensionierung der Dienste sowie namentlich die Kürzung der Mittel für die ISN-Plattform ab, da damit die hohe Qualität des weltweit renommierten und intensiv genutzten ISN zum Schaden der Schweiz nicht mehr gewährleistet werden könne.

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagene Kürzung.

- ***Transferaufwand BASPO***

CVP, EVP, **CSP** und **EDU** sowie die **Kantone ZG** und **TG** stehen dieser Massnahme kritisch bis ablehnend gegenüber. Die Einsparungen seien gering, die positiven Auswirkungen der J+S-Arbeit und der unterstützten nicht-kommerziellen Sportvereine auf die Freizeitgestaltung und erzieherische Ziele wie Verantwortung und Teamgeist, auf Gesundheit, Suchtprävention oder auch auf die Integration von Migrantenkindern seien dabei ungleich grösser und wertvoller. Hinzu komme, dass die relativ kleinen Beiträge einen grossen Multiplikatoreffekt auf freiwillige Leistungen aufweisen.

- ***Zivilschutz***

Die **KdK** sowie die Kantone **ZG, TG** und **JU** lehnen die Massnahme ab, da diese zu Verzögerungen im Bereich Telematik führe, wo derzeit die Bedürfnisse am grössten seien.

2.3.6 Bildung

Die Kantone **LU, BS, BL** sowie die **Schweizerische Universitätskonferenz SUK** und der **Schweizerischer Nationalfonds SNF** halten generell fest, dass die vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich Bildung die Finanzierung des BFI-Bereichs für die Jahre 2012-16 nicht präjudizieren dürfen. Die Finanzbeiträge dürften nicht rein finanzpolitisch, sondern müssten auch gestützt auf inhaltliche Diskussionen und Bewertungen festgelegt werden. Kritisiert wird überdies die Stop-and-go-Politik, bei der einerseits Erhöhungen über das Budget, andererseits Kürzungen über Entlastungsprogramme vorgenommen würden.

SP, CVP und die **Grünen** sowie die **Fédération des Entreprises Romandes** lehnen die Mittelkürzungen im Bereich Bildung ebenfalls ab. Sie fordern, generell auf die Sparaufträge zu verzichten, da die Bildung zu den wichtigsten Ressourcen des Landes zähle, die Zahl der Studierenden steige und seit über einem Jahrzehnt auch in rezessiven Zeiten ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften bestehe.

EVP und **EDU** begrüssen generell die vorgeschlagenen Kürzungen, die angesichts der nach wie vor wachsenden Forschungsbeiträge der öffentlichen Hand massvoll und verantwortbar seien.

- ***Kürzungen im ETH-Bereich***

SP, **CVP**, die **KdK**, der Kanton **BS,** der **Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS**, der **Schweizerischer Nationalfonds SNF** sowie **Swissmem** lehnen die Kürzungen im ETH-Bereich ab, da damit ein wichtiger Schweizer Motor im Bereich Forschung und Innovation geschwächt sowie die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen beeinträchtigt würde. Die Begründungen für die Kürzungen (u.a. Zugang zu Drittmitteln, Reserven) werden vom **ETH-Rat** zurückgewiesen.

- ***Projektgebundene Beiträge nach UFG***

Die **KdK** sowie die Kantone **ZG** und **BS** lehnen die Massnahme ab, da die Beiträge der Neustrukturierung der Hochschullandschaft und der Lancierung neuer Themen dienen. Gleichzeitig würde mit der Massnahme der interkantonale Wettbewerb ungesund verschärft und es stünde zu befürchten, dass die Kantone ihre Mittel im Mass der Reduktion der Bundesbeiträge anpassen würden. Zusammen mit **WWF** und **VCS** wird darauf hingewiesen, dass die projektgebundenen Beiträge ein wichtiges, den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung verpflichtetes Innovationsinstrument der Hochschulen seien.

- ***Investitionsbeiträge an kantonale Universitäten***

Die **SP** sowie die **Kantone LU** und **BS** lehnen die Massnahme ab. Sie fordern grundsätzlich, dass für die Berechnung der Teuerungskorrektur der Grundbeiträge in diesem lohnintensiven Bereich derselbe Deflator wie für den ETH-Bereich zur Anwendung komme. Die **Schweizerische Universitätskonferenz SUK** teilt diese Forderung, ist aber mit der Massnahme einverstanden.

- ***Verzicht auf die Unterstützung des Bureau International d'Education (BIE) der UNESCO durch das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF)***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Verzicht auf Beitrag zur Chancengleichheit an Fachhochschulen***

SP und **CSP** lehnen die Massnahme ab, da die Chancengleichheit an den Fachhochschulen bei weitem noch nicht erreicht sei und es keinen Sinn mache, einen einzelnen Programmteil der Gleichstellungsförderung des Bundes herauszubrechen.

Ebenfalls abgelehnt wird die Massnahme von der **KdK**, den **Kantonen LU, ZG, BS, TI, VD** und **JU**, vom **Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS,** von der **Eidgenössischen Fachhochschulkommission EFHK,** vom **Schweizerischen Nationalfonds SNF** und **7 weiteren Stellungnehmenden aus dem Hochschulbereich** sowie von **TravailSuisse**; Bedauern äussert auch der **Schweizerische Gewerbeverband**. Erstens bestehe nach wie vor Bedarf angesichts der auf allen Stufen geringen Frauenanteile im Bereich Technik bzw. umgekehrt der Männer im Bereich der Sozialarbeit, wie mehrere Kantone mit Zahlenbeispielen illustrieren. Zweitens sei das Humankapital der Schweiz im verschärften internationalen Wettbewerb in Forschung und Innovation optimal zu nutzen. Drittens würde die Massnahme zu Ungleichbehandlung zwischen Universitäten und Fachhochschulen führen. Viertens sei das Aktionsprogramm des Bundes für Chancengleichheit an Hochschulen derzeit mit laufenden Projekten voll in Gang. Die Massnahme, die einem Verstoss gegen Treu und Glauben gleich komme, führe daher zu Lastenabwälzung bzw. zum Abbruch der bisherigen Anstrengungen.

- ***Verzicht auf Beiträge an Berufsbildungskampagnen***

Aus Sicht der **KdK** und des **Kantons JU** lässt sich der Abschluss nicht wie vom Bund vorgesehen realisieren.

Der Kanton **ZG** hat keine Einwände gegen die Massnahme, da geplante kantonale Umsetzungen dadurch weder verzögert noch verunmöglicht würden.

KV Schweiz stellt sich nicht gegen die Massnahme, falls die eingesparten Mittel im Berufsbildungsbereich z.B. für andere dringende Projekte eingesetzt würden. Kritischer äussern sich der **Schweizerische Gewerbeverband** sowie das **Centre Patronal**: Im Verhältnis zu den relativ geringen Beiträgen sende der Bundesrat mit dieser Massnahme negative Signale nicht nur an die Wirtschaft, welche die Kosten der Berufsbildung zu respektablen Teilen mittrage, sondern letztlich an alle Beteiligten, welche die für die Schweizer Volkswirtschaft vitale Institution der Berufslehre mittrügen.

2.3.7 Forschung

SP, CVP und die **Grünen** fordern, generell auf die Sparaufträge im Bereich Forschung zu verzichten, da diese die Innovationskraft des Landes als eine der wichtigsten Ressourcen begründe. Namentlich erwähnt werden die Innovationsprogramme im Hochschulbereich sowie die Overheadbeiträge des SNF.

EVP und **EDU** begrüssen generell die vorgeschlagenen Kürzungen, die angesichts der nach wie vor wachsenden Forschungsbeiträge der öffentlichen Hand massvoll und verantwortbar seien.

- ***Verzicht auf Teilnahme am Competitiveness and Innovation Prgramme (CIP)***

Swissmem lehnt die Massnahme dezidiert ab. Falls bei der KTI weitere Mittel gekürzt würden, verschärfe dies die gegenwärtige finanzielle Engpasssituation zusätzlich und gefährde den Technologietransfer auf mittlere Sicht.

- ***Rücknahme des Zuwachses der Overheadbeiträge des Schweizerischen Nationalfonds***

Die **Kantone TI** und **VD** sowie der **Schweizerischer Nationalfonds SNF** lehnen die Massnahme ab, da diese die kantonalen Universitäten empfindlich treffe und im Sinn der oben geäusserten Kritik an einer Stop-and-go-Praxis auch zur Gewährleistung der Planungssicherheit zu unterlassen sei. **VD** weist am Fall der Uni Lausanne darauf hin, dass mit der Kürzung die interne Umverteilung der Overheadbeiträge zwischen den Fakultäten sowie der Verwaltung verhindert werde.

- ***Priorisierungen in der weltweiten bilateralen wissenschaftlichen Zusammenarbeit***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Verzicht auf die weitere Finanzierung des CMS-Experiments am CERN***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Redimensionierung des Beitrags an den ITER/Broader Approach***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Verzicht auf Beiträge der Stiftung Science et Cité***

Der **Kanton VD** weist darauf hin, dass diese Massnahme eine Lastenverschiebung auf die Universitäten und mithin deren Trägerkantone impliziere.

- ***Kürzung der Beiträge an die Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST)***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

2.3.8 Ergänzungsleistungen AHV / IV

Die **Grünen** weisen die vorgeschlagene Massnahme grundsätzlich zurück. Die **KdK**, die Kantone **ZG, FR, SH** und **JU** sowie **TravailSuisse** weisen die Aussagen im Vernehmlassungsentwurf zurück und halten die vorgeschlagene Korrektur im heutigen Zeitpunkt für unangebracht. Die Dynamik der Kosten- und Lastenentwicklung sei in allen Bereichen der NFA zu berücksichtigen, nicht nur in einem einzelnen. Dies solle im zweiten Wirksamkeitsbericht geschehen. Begrüsst wird hingegen die anvisierte Korrektur bei der Verwaltungskostenentschädigung. Ein direkter Zusammenhang mit der vorgeschlagenen ersten Massnahme bestehe aber nicht, so dass die Fragen unabhängig zu lösen seien.

Die **EVP** begrüsst die mit der Massnahme anvisierte Korrektur der nicht NFA-konformen und daher unerwünschten Lastenverschiebung.

2.3.9 Invalidenversicherung

Die **Grünen** weisen forcierte Einsparungen im IV-Bereich grundsätzlich zurück. Die **KdK,** die **Kantone FR, JU** und der **SSV** stellen fest, dass die Auswirkungen der 4. und 5. IV-Revision auf die Kantone nur unzureichend ausgewiesen werden. Sie befürchten, dass damit eine weitere Lastenverschiebung auf die Kantone einhergehe. Es wird gefordert, dass in der Botschaft zur IV-Revision 6b die Auswirkungen auf die Kantone transparent dargestellt werden. Der Revision kann nur zugestimmt werden, wenn keine Kostenverlagerung stattfindet.

Die **Fédération des Entreprises Romandes** fordert generell eine Entkoppelung zwischen IV-Revisionen und KOP.

2.3.10 Krankenversicherung

Die **Grünen** weisen die Einsparungen grundsätzlich zurück. Die **EVP**, die **KdK** und der **Kanton FR** sowie **TravailSuisse** halten die Einschätzung der Kostenreduktion tendenziell für zu optimistisch. Diese werde vermutlich tiefer ausfallen und kaum bereits ab 2010 stattfinden. Der **SGB** geht davon aus, dass der Bedarf für Prämienverbilligungen bereits 2010, besonders aber auf 2011 im Zuge steigender Prämien beträchtlich ansteigen werde.

2.3.11 Familienergänzende Kinderbetreuung

SP, Grüne, CSP, die **KdK, die Kantone LU, ZG, FR, BS, BL, TG, JU**, der **SSV**, der **SGB, KV Schweiz** und **TravailSuisse** sowie der **Verband Kindertagesstätten der Schweiz** und das **Netzwerk Kinderbetreuung** lehnen die Kürzung ab und fordern, dass die bisherigen Finanzhilfen beibehalten werden. Die Unterstützung von Familien sei in einer alternden Gesellschaft ein Wettbewerbsfaktor und trage zu einer höheren Partizipation von beruflich qualifizierten Frauen am Arbeitsmarkt bei. Die Kantone hätten mithilfe des Impulsprogramms zahlreiche Betreuungsplätze geschaffen, so dass eine kurzfristige und vorzeitige Kürzung der Finanzhilfen bei unverändertem Angebot einer Lastenabwälzung auf Kantone und Gemeinden gleichkäme. Schliesslich sei die Massnahme namentlich gemäss Einschätzung des Kantons **BS** aus Gleichstellungssicht abzulehnen.

EVP und **EDU** begrüssen die Massnahme, da hier eine Anschubfinanzierung betroffen sei, deren Verstetigung zu vermeiden und ein schrittweiser Ausstieg des Bundes anzustreben sei.

2.3.12 Migration

Die **Grünen** und die **CSP** lehnen alle Kürzungen im Bereich Migration ab.

Die **EVP** begrüsst die Massnahmen im Bereich Migration mit Ausnahme der Kürzungen bei den Modellversuchen für die berufliche Integration.

- ***Reduktion Pauschale Anhörungskosten Hilfswerkvertreter***

Der Kanton **UR** lehnt die Massnahme ab, da er die Hilfswerksvertretung im Befragungsverfahren für wichtig hält. Der Kanton **ZG** schlägt vor, die Pauschale nur im Mass der tatsächlichen Reduktion der Anhörungsdauer zu kürzen. Die **Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH** verweist auf die bereits mit der heutigen Abgeltungspauschale nicht gedeckten Kosten für die Hilfswerksvertretungen und beantragt, auf die Massnahme zu verzichten und die Pauschale rückwirkend per Anfang 2010 auf das kostendeckende Niveau anzuheben.

- ***Modellvorhaben im Bereich berufliche Integration vorläufig Aufgenommener***

Die **SP** und die **EVP** sowie die **KdK, die Kantone LU, UR, ZG, FR, TG, TI, JU**, der **SSV** und **TravailSuisse** lehnen die Massnahme ab, da die berufliche Integration ein entscheidender Faktor für die Integration überhaupt sei. Mit jedem investierten Franken könne ein Mehrfaches an sozialen Folgekosten vermieden werden. Aus Sicht der Kantone stünde ein Rückzug des Bundes nicht nur in Widerspruch zur bisherigen Haltung, die Beiträge an kantonale Integrationsprogramme auszubauen, sondern es wäre auch ein Verstoss gegen Treu und Glauben, da die Beiträge an Modellversuche als Teil der Kompensation für kantonale Mehrbelastungen nach der letzten Asylgesetzrevision verstanden worden seien. Ebenso wird eine Lastenverschiebung auf tiefere Staatsebenen befürchtet. **TravailSuisse** weist darauf hin, dass im Zuge der demografischen Alterung der Bevölkerung die berufliche Integration von provisorisch Aufgenommenen längerfristig wertvoll sein dürfte.

- ***Verkürzung der Dauer des Asylverfahrens***

Die **SP** sowie der **Kanton BS** lehnen eine Verkürzung der Beschwerdefrist ab, da damit eine Verkürzung des gesamten Verfahrens inkl. Wegweisungsvollzug nicht erreicht werden könne und Einsparungen letztlich nur zu Lasten der Kantone erzielt würden.

Die **KdK** begrüsst grundsätzlich die Massnahme, weil damit echte Kosteneinsparungen möglich seien, die Asylsuchenden rascher einen verbindlichen Entscheid erhielten und der Wegweisungsvollzug erfahrungsgemäss einfacher sei. Sie weist indes zusammen mit den **Kanton FR** und **BS** darauf hin, dass auch die Verfahrensdauer bei den Rechtsmittelinstanzen verkürzt werden müsse, damit die angestrebte Wirkung grundsätzlich erzielt werden könne. Befürchtet wird aber ebenfalls, dass im Zuge der Massnahme eine faktische Lastenverschiebung auf die Kantone stattfinden werde, wenn abgewiesene Asylsuchende länger im - bekanntlich mit ungelösten Problemen ringenden - Wegweisungsvollzug und damit in der pauschal abgegoltenen Nothilfe verbleiben.

- ***Reduktion freiwilliger Beiträge an die internationale Zusammenarbeit***

Der **Kanton ZG** schlägt vor, die Kürzung so zu gestalten, dass die Unterstützung internationaler Hilfswerke und des UNHCR nicht tangiert werden.

- ***Forschungsmandate an Externe im Migrationsbereich***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

2.3.13 Heimatschutz und Denkmalpflege; kulturelle Vorhaben

Die **Grünen** fordern, von beiden Massnahmen abzusehen.

Die **EDU** begrüsst eine angemessene Beitragsreduktion in diesem Aufgabenbereich.

- ***Heimatschutz und Denkmalpflege***

Die **KdK,** die **Kantone GL, LU, UR, ZG**, **FR, BS, BL, TG, TI, JU**, der **SSV, TravailSuisse**, die **Konferenz der Schweizer Denkmalpfleger/innen**, die **Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäolog/innen**, der **Schweizer Heimatschutz** und **16 weitere Stellung nehmende kulturhistorische Organisationen** sowie diverse **Einzelpersonen** lehnen die Massnahme ab. Die ohnehin schwierige Umsetzung der NFA im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege würde damit zu Lasten der Kantone weiter erschwert, zumal sich der Bund seit einigen Jahren im Zuge von mehreren Kürzungsrunden aus dieser Verbundaufgabe zunehmend zurückziehe. Die genannten Körperschaften sowie **bauenschweiz** befürchten,

dass die nötige regelmässige Pflege von Baudenkmälern und Ortsbildern vor diesem Hintergrund ernsthaft gefährdet sei. Dies stehe in hartem Kontrast zur grossen öffentlichen Wertschätzung dieser Kulturgüter, zähle doch der Besuch von historischen Stätten und Denkmälern zu den beliebtesten kulturellen Aktivitäten der Schweizer Bevölkerung und sei unbestritten auch für den Tourismus bedeutsam. Hinzu käme, dass mit der Massnahme ein bedenkliches Signal an die ebenfalls mit angespannten Finanzen kämpfenden Kantone, Städte und Gemeinden gesandt würde. Schliesslich wird auch auf die Rolle der Privateigentümer von Baudenkmälern hingewiesen, die bereits früher in erster Linie von Beitragskürzungen betroffen gewesen seien.

Die **Kantone ZG** und **BS** fordern, dass anstelle der vorgesehenen Kürzung eine Aufstockung der Beiträge auf insgesamt 30 Millionen für die Jahre 2011-13 vorgenommen werde.

Der **Kanton LU** begrüsst indes eine Reorganisation beim ISOS (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz), vorausgesetzt, dass damit keine Qualitätseinbusse verbunden ist.

- ***Kulturelle Vorhaben***

Der **Kanton LU** hält die vorgesehene Kürzung für unverhältnismässig hoch, da diese einschneidende Auswirkungen auf die Kulturvermittlung zur Folge hätte und faktisch einer Lastenverschiebung gleich käme. Der **Schweizer Tourismus-Verband STV** und **GastroSuisse** befürchten überdies einen Rückgang in der Unterstützung innovativer Vorhaben.

2.3.14 Gesundheit

SP, Grüne, CSP, EVP, die **KdK**, die **Kantone ZG, FR, BS, TG, VD, JU** sowie die **FMH**, **Rheumaliga**, **Krebsliga**, **Aids-Hilfe Schweiz** und **9 weitere medizinische und gesundheitspolitische Verbände und Agenturen** sowie **Swiss Olympic** lehnen die Kürzungen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention ab. Die Einsparungen des Bundes seien bescheiden, für die betroffenen Organisationen und insbesondere für die in zahlreichen Studien[3] belegte Effektivität der Prävention hätten sie aber empfindliche Auswirkungen. Zu bedenken sei auch, dass laut WHO und OECD die öffentlichen Beiträge in der Schweiz in der Prävention im internationalen Vergleich ohnehin äusserst bescheiden bemessen seien. Die **KdK** und die genannten Kantone weisen überdies auf mögliche faktische Lastenverschiebungen auf die Kantone hin. Die **KdK** ist dabei mit der Überprüfung der Prioritätensetzung und der Programmabstimmung grundsätzlich einverstanden, sie erwartet aber, dass diese in enger Zusammenarbeit mit dem Bund geschehe, um faktische Lastenverschiebungen zu vermeiden.

2.3.15 Nationalstrassenbau

Die **Grünen** und die **EVP** stimmen der Massnahme zu, der Kanton **ZG** hat keine Einwände.

Die **KdK**, die **BPUK,** die **Kantone UR, TG** und **JU** sowie der **SSV**, die **SAB**, der **Schweizerische Gemeindeverband**, der **Schweizerische Gewerbeverband, TCS, ASTAG,** das **Centre Patronal,** die **Fédération des Entreprises Romandes** sowie **bauenschweiz** und der **Schweizerische Baumeisterverband** lehnen Mittelkürzungen im Nationalstrassenbau ab. Der Bedarf für den Unterhalt, die Engpassbeseitigung und die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes sowie für zusätzliche Aufgaben werde in den kommenden Jahren mehr und nicht weniger Mittel beanspruchen. Der **Gewerbeverband** weist überdies darauf hin, dass diese Mittel aus zweckgebundenen Steuern und nicht aus allgemeinen Bundesmitteln bereit-

[3] z.B. Synthesebericht – Ökonomische Evaluation von Präventionsmassnahmen in der Schweiz, Bericht im Auftrag des BAG

gestellt würden. Für den Kanton **UR** darf die Massnahme nicht zu einer Verzögerung des Ausführungsprojekts „Axenstrasse“ führen.

2.3.16 Regionaler Personenverkehr

Die **KdK**, die **KÖV**, die **Kantone LU, UR, ZG, FR, TG, TI** und **JU** lehnen beide Massnahmen im regionalen Personenverkehr ab. Die regionale Verkehrsinfrastruktur, namentlich auch im öffentlichen Verkehr, sei für eine funktionierende Wirtschaft auch von ländlichen und peripheren Regionen wichtig. Eine Kürzung der Bundesbeiträge führe gerade in Kantonen mit verbreitet dezentralen Siedlungsstrukturen faktisch zu Lastenverschiebungen, da diese die entsprechenden Mittel aus politischen Gründen bereitstellen müssten. Der **ASTAG** fordert generell für die KOP-Massnahmen im Verkehr eine Lockerung sowie eine Anpassung an die tatsächlichen Bedürfnisse.

- ***Erhöhung der Mindestnachfrage von 32 auf 100 Personen***

SP, **CVP, Grüne, CSP, EVP, KdK, KÖV**, **BPUK**, die **Kantone LU**, **UR, ZG, FR, TI, JU** sowie **SSV,** der **Schweizerische Gemeindeverband**, die **SAB, KV Schweiz**, **TravailSuisse**, der **SBV**, der **Schweizer Tourismus-Verband STV, WWF**, **VCS, VÖV, LITRA, TCS, Transfair,** das **Centre Patronal**, die **Fédération des Entreprises Romandes** sowie der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** sprechen sich gegen diese Massnahme aus. Die Massnahme stehe diametral zur Raumordnungs- und Verkehrspolitik des Bundes, die eine angemessene Grunderschliessung auch von peripheren Regionen verlange. Die Einsparungen stünden in keinem Verhältnis zum damit in Kauf zu nehmenden regional- und volkswirtschaftlichen Schaden, der insbesondere Berggebiete und Randregionen treffe. Mit Blick auf die Anliegen von Regional-, Umwelt- oder auch Tourismuspolitik sowie von älteren oder behinderten Personen komme für die Kantone eine Angebotsreduktion nicht in Frage, so dass die damit verbundene Lastenverschiebung die ohnehin schon hohen Kantonsanteile im Regionalverkehr weiter anheben würden. Dies sei aus Sicht der Kantone nicht akzeptabel. Für das Jahr 2011 sei zudem zu beachten, dass das Bestellverfahren vor einem entsprechenden Bundesbeschluss abgeschlossen werde.

- ***Abschöpfung Zinsvorteil aus Bundesgarantie für Betriebsmittelbeschaffungen***

Die **Grünen** lehnen die Massnahme grundsätzlich ab. Die **KdK,** die **KÖV,** die **Kantone LU, UR, ZG, FR, JU** sowie der **Verband öffentlicher Verkehr VÖV,** die **LITRA** und der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** sprechen sich ebenfalls gegen die Massnahme aus. Bereits heute würden im Hinblick auf notwendige Investitionen zu wenig Bundesmittel bereit stehen; hinzu komme, dass mit der vorliegenden Massnahme die Einsparungen über eine Kürzung der Kantonsquote realisiert würden, unabhängig davon, ob in einzelnen Kantonen Rollmaterialbeschaffungen anstehen und damit die Bundesgarantie für Betriebsmittelbeschaffungen tatsächlich in Anspruch genommen würde.

Die **EVP** begrüsst die Massnahme.

2.3.17 Güterverkehr

SP, Grüne, CSP, EVP sowie die **KdK**, die Kantone **LU**, **UR,** der **SSV**, die **SAB**, der **Schweizerische Gemeindeverband, WWF**, **VCS, VÖV, LITRA** sowie der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** lehnen beide Massnahmen im Güterverkehr ab, da diese einer wirksamen Verlagerungspolitik und mithin eines nachhaltigen Lärm- und Klimaschutzes entgegenliefen. Im besonderen würden laufende strategische Projekte verzögert und die Bewältigung des wachsenden kombinierten Verkehrs gefährdet. Ebenso verlangt die Kürzung Priorisierungen, die das Wachstumspotenzial des kombinierten Verkehrs beschränkten und die Verlagerungs-

politik schwächten. Die Kürzung bei den Anschlussgeleisen würde speziell auch zu empfindlichen Abbaumassnahmen im Bedienungsnetz der SBB Cargo führen. Laut **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** verletzt die Massnahme überdies das Prinzip der Rückerstattung der zweckgebundenen Treibstoffabgaben auf schienengebundenen Traktionsmitteln.

Umgekehrt unterstützen der **Schweizerische Gewerbeverband** sowie das **Centre Patronal** die beiden Massnahmen angesichts der fehlenden Erfolge in der Verlagerungspolitik in den letzten Jahren, und dies trotz einer verschwenderischen Unterstützung der Schiene mit öffentlichen Mitteln. Mit etwas mehr Zurückhaltung ist auch der **Schweizerische Baumeisterverband** mit den Massnahmen einverstanden.

- ***Terminalanlagen des kombinierten Verkehrs***

Die **KÖV**, die **BPUK,** die **Kantone LU, ZG, FR, BS, BL** sowie **VÖV** und **LITRA** lehnen die Massnahme ab, da diese der Verlagerungspolitik des Bundes entgegenlaufe.

- ***Anschlussgleise***

Der **SGB** lehnt die Massnahme ab, da die Kürzung bei der Erstellung von Anschlussgleisen negative Auswirkungen auf den schweizerischen Wagenladungsverkehr habe.

2.3.18 Umweltschutz

Die **Grünen**, der **Schweizer Tourismus Verband STV** und **GastroSuisse** lehnen die Massnahmen im Bereich Umweltschutz aus grundsätzlichen Erwägungen sowie aufgrund versteckter Lastenverschiebungen auf die Kantone generell ab.

- ***Wald***

Die **CSP,** die **EVP**, die **KdK**, die **FoDK** die **Kantone LU**, **UR, ZG, FR, BS, BL, TG** und **JU** sowie der **SBV**, **SSV**, die **SAB**, **TravailSuisse** sowie der **Schweizerische Forstverein** und die **Waldwirtschaft Schweiz** lehnen die vorgesehenen Kürzungen für die Waldwirtschaft ab. Angesichts der beträchtlichen Mittelreduktionen für die Waldpflege gefährdeten weitere Kürzungen die Umsetzung einer verfassungsmässigen Waldpolitik durch die Kantone. Die Massnahme sei aufgrund erheblicher Folgekosten nicht nachhaltig und führe aufgrund langfristiger Verpflichtungen in der Waldwirtschaft zu Lastenverschiebungen auf Kantone und Gemeinden. Ebenso gelte es, der wachsenden Bedeutung der Waldwirtschaft - insbesondere auch der Jungwaldpflege - mit Blick auf die volkswirtschaftlichen, ökologischen und energiepolitischen Potentiale langfristig Rechnung zu tragen. Der Kanton **UR** fordert spezifisch, dass der Bund im Rahmen der NFA mit den Kantonen über ein ganzheitliches Programmpaket Wald verhandelt.

- ***Umwelttechnologie***

SP, **CVP**, **CSP**, **BPUK,** die **Kantone LU, UR** sowie **WWF**, **VCS, écologie liberale, Pro Natura, TravailSuisse**, **Transfair**, der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** sowie **75 weitere institutionelle Vernehmlassungsteilnehmende** aus dem Bereich Umwelttechnologie [4] lehnen die Streichung der Fördermittel des Bundes ab angesichts der hohen Bedeutung des Umweltschutzes und der Gefahr, in einem zukunftsweisenden und innovativen Markt Knowhow bei den KMUs als wichtige Innovationsträger zu verlieren. Die **EVP** kann die Massnahme nur dann befürworten, wenn die eingesparten Mittel z.B. im Rahmen der kos-

[4] 18 Verbände, Stiftungen und Agenturen; 19 Vertreter aus dem öffentlichen Sektor sowie aus Forschung und Lehre; 38 Firmen

tendeckenden Einspeisevergütung eingesetzt werden, da der Nachholbedarf umweltschonender Technologien gerade im Energiebereich unverändert hoch ist. Der **Verband der verladenden Wirtschaft VAP** macht überdies auf die Bedeutung der Umwelttechnologieförderung für die Lärmreduzierung bei Güterwagen aufmerksam.

Der Kanton **ZG** begrüsst die Massnahme, da die Umwelttechnologie vom Privatsektor bereitzustellen sei. **Swissmem** regt an, die eingesparten Mittel zur KTI zu transferieren, die sich gegenwärtig in einem finanziellen Engpass befinde, zumal CleanTech auch bei der KTI ein Thema sei.

- ***Internationale Institutionen***

Die **EVP** ist mit der Massnahme im Grundsatz einverstanden.

Der Kanton **ZG** gibt zu bedenken, dass aus der Massnahme eine Schwächung der internationalen Position der Schweiz hervorgehen kann.

TravailSuisse lehnt die Massnahme grundsätzlich ab. **WWF**, **VCS** und **Pro Natura** stehen der Massnahme kritisch gegenüber; da keine Angaben vorliegen, bei welchen Institutionen Beiträge gekürzt werden sollen, sei eine abschliessende Beurteilung nicht möglich.

- ***Wasser***

Die EVP sowie **KdK, BPUK,** die **Kantone LU, UR, FR, BL, TG, JU,** der **SSV** und **TravailSuisse** lehnen die Massnahme ab. Die Ressource Wasser werde aufgrund klimatischer Veränderungen auch in der Schweiz nicht mehr im Überfluss vorhanden sein und ein allfälliger Mehrbedarf könne sich kritisch auf das noch wenig verstandene Grundwassersystem auswirken. Überdies komme ein Verzicht auf laufende Projekte zur Verhinderung von Mikroverunreinigungen meist nicht in Frage, so dass die Kürzung einer Lastenverschiebung auf die Kantone gleichkomme.

Der Kanton **ZG** stellt sich nicht gegen die Massnahme, da sie verkraftbar sei.

2.3.19 Landwirtschaft: Grundlagenverbesserung, Sozialmassnahmen, Nationalgestüt

Vor dem Hintergrund sich weltweit öffnender Märkte und dem beschleunigten Strukturwandel fordern **CVP, Grüne, EVP**, die **KdK,** die **Kantone FR**, **TG, TI**, **der Schweizerische Bauernverband SBV** und verschiedene **regionale und kantonale Bauernverbände, Zucht- und Vermarktungsorganisationen** sowie das **Centre Patronal**, dass die Landwirtschaft generell aus dem Konsolidierungsprogramm ausgeklammert und sowohl auf die Teuerungskorrektur wie auch auf die gezielten Kürzungen bei den einzelnen Förderinstrumenten verzichtet wird. Verschiedene landwirtschaftliche Organisationen fordern zudem eine Intensivierung des Bundesengagements bei der Tierzucht, der Forschung und beim Beratungswesen.

Die Landwirtschaft leiste einen wesentlichen Beitrag für die Nahrungsmittelversorgung und trage zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Kulturlandschaftspflege und der dezentralen Besiedlung bei. Gerade mit Blick auf die zu erwartenden Marktliberalisierungen dürfe in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Beratung nicht gespart werden, welchen für eine nachhaltige und marktorientierte Produktion grosse Bedeutung zukomme. Die **KdK** führt überdies an, dass mit diesen Massnahmen die ausgewogenen NFA-Vereinbarungen geändert und das Verhältnis Bund-Kantone unnötig belastet würde.

Die genannten Organisationen lehnen die einzelnen Sparaufträge ganz oder zumindest grösstenteils ab. Nachfolgend sind deshalb nur noch Stellungnahmen aufgeführt, die sich speziell auf einzelne Massnahmen beziehen:

- ***Beratungswesen***

Die **EVP** sowie die **KdK,** die **Kantone LU, UR, ZG, FR, TI**, der **SBV**, die **SAB** sowie **WWF**, **VCS, Pro Natura** und **écologie libérale** lehnen die Massnahme ab. Zum einen werde damit die vereinbarte Aufgabenteilung im Rahmen der NFA in Frage gestellt. Zum andern wird auf die wichtige Funktion des Beratungswesens als koordiniertes Instrument der Wissensvermittlung und der Umsetzung agrarpolitischer Massnahmen in der ganzen Schweiz hingewiesen. Angesichts der steigenden Anforderungen im Umwelt- und Tierschutz, der Bewirtschaftungstechnologie sowie generell der Herausforderungen im Zuge der Marktöffnung sei der Beratung grosse Bedeutung beizumessen.

Agridea, die **Schweizerische Arbeitsgemeinschaft haus- und landwirtschaftlicher BeraterInnen** sowie verschiedene **landwirtschaftliche Produzenten-Organisationen** betonen zudem, dass die vom Bund mitfinanzierten Beratungsdienstleistungen wichtige Nischen füllen. Würden wie vorgeschlagen einseitig Mittel gekürzt, würden insgesamt die in Forschung und Beratung getätigten Investitionen massiv an Effizienz verlieren; der negative Effekt ginge weit über die direkte Kürzung hinaus. Zudem verletze die Massnahme im Rahmen der NFA getroffene Abmachungen.

- ***Pflanzen- und Tierzucht***

SP, CSP, EVP sowie die **KdK,** die **Kantone LU, UR, ZG, FR**, die **SAB** sowie **WWF**, **VCS, Pro Natura** und **écologie libérale** lehnen eine Kürzung in diesem Segment ab, da damit die Weiterführung eines gut eingespielten Programms verunmöglicht werde und die Biodiversitätsstrategie insgesamt geschwächt werde. Im weiteren werde damit eine NFA-Neuregelung nach kurzer Zeit wieder umgestossen. Eine Konzentration der Mittel in der Tierzucht wird indes von der **KdK** begrüsst.

Der **SBV** lehnt die Massnahme ab. Die bestehenden Beiträge trügen wesentlich zur Qualitätsstrategie des Bundes in der Pflanzen- und Tierzucht bei, unterstützten die Biodiversität und ermöglichten mit Blick auf die Wünsche der lokalen Konsumenten eine hohe Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft in zunehmend anspruchsvollem Umfeld.

Das **Institut für Pflanzen-, Tier-, und Agrarökosystem-Wissenschaften der ETH Zürich** und die **Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft** halten fest, dass die vorgeschlagenen Kürzungen bei der Grundlagenverbesserung gravierende Auswirkungen hätten, weil diese Mittel wesentlich zur erfolgreichen Positionierung der Schweizer Landwirtschaft in den sich weiter öffnenden Märkten beitragen würden. Zusammen mit rund **15 Verbänden aus der Schweinezucht und -vermarktung sowie der Futtermittelindustrie** und **35 privaten Schweinezüchterinnen und züchter** weisen sie darauf hin, dass die Massnahme den eingeleiteten Schritten zur Ausrichtung der Tierzucht auf eine ökologische Erzeugung von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln zuwiderlaufe. **ProSpecieRara** sowie die **Schweizerische Kommission für die Erhaltung von Kulturpflanzen** machen schliesslich darauf aufmerksam, dass bei einer Mittelkürzung die Erhaltung der genetischen Ressourcen bei gefährdeten Nutztieren und Kulturpflanzen nicht mehr gewährleistet sei.

- ***Umschulungsbeihilfen***

Laut **Kanton FR** darf die Bedeutung der Umschulungsbeihilfen, nicht zuletzt mit Blick auf die zu erwartende Marktöffnung, keinesfalls unterschätzt werden. Ebenso erachten **TravailSuisse** sowie verschiedene landwirtschaftliche Organisationen diese Mittel trotz der aktuell geringen Beanspruchung als unverzichtbar. Demgegenüber können der **SBV** sowie der **Solothurnische** und der **Bündner Bauernverband** sowie die **Freisinnigen Bäuerinnen und Bauern Schweiz** diese Kürzung akzeptieren, da das Instrument in der Landwirtschaft wenig Akzeptanz gefunden habe und kaum genutzt werde. Der SBV schlägt vor, Sozialbeihilfen für die Landwirtschaft generell mit Mitteln aus der Sozialfürsorge zu bestreiten.

- ***Betriebshilfen***

Die **KdK,** der **Kanton ZG** und die **SAB** lehnen die Kürzung ab, da bei steigenden Zinsen die Nachfrage nach Betriebshilfen wieder zunehmen werde. Der **SBV** weist darauf hin, dass die Betriebshilfen im Rahmen von internationalen Freihandelsabkommen eine zentrale flankierende Massnahme darstellen könnten, namentlich bei einer konjunkturellen Verschlechterung oder bei steigenden Zinsen. Er akzeptiert die Massnahme, fordert aber deren Wiederaufnahme in selber Höhe, falls die ökonomischen Rahmenbedingungen dies verlangten.

Die **EVP** kann Kürzungen dort zustimmen, wo die Mittel der Strukturerhaltung dienen.

- ***Nationalgestüt***

Die **CSP**, die **KdK,** die **Kantone ZG, FR, VD** und **JU**, der **SBV** die **SAB, TravailSuisse,** der **STV,** das **Centre Patronal** sowie die **Pferdeklinik der Universität Bern**, die **Berner Fachhochschule,** das **Nationale Pferdezentrum Bern,** die **Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin,** die **Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft,** der **Schweizer Verband der Pferdehalter,** die **Vereinigung Pferd**, die **Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"** und rund 70 **Pferdezuchtorganisationen und Reitvereine** lehnen die Aufhebung des Gestüts in aller Form ab. Sie weisen darauf hin, dass das Gestüt wichtige Aufgaben in der Forschung, der Ausbildung und der Beratung für die gesamte Pferdebranche wahrnehme und gleichzeitig mit dem Erhalt der Freibergerrasse zur Biodiversität beitrage. Zudem sei es ein wichtiger Arbeitgeber in der waadtländischen und freiburgerischen Broye. Nicht zuletzt würden zudem rund 90 Prozent der Pferde in der Landwirtschaftszone gehalten und generierten dort Einkommen in einem vom strukturellen Wandel stark geprägten Umfeld.

2.3.20 Landwirtschaft: Absatzförderung, Marktstützung und Direktzahlungen

CVP, Grüne, die **KdK** und **die Kantone LU, TG** sowie das **Centre Patronal** lehnen die vorgeschlagenen Kürzungen in der Landwirtschaft generell bzw. - im Fall des **Schweizerischen Bauernverbands SBV -** überwiegend ab.

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagenen Einsparungen.

- ***Absatzförderung***

Die **KdK** sowie die **Kantone LU, UR, ZG** und **FR** lehnen die Massnahme ab, da damit die bestehenden Strategien zur Erhaltung des inländischen Produktionsniveaus und der damit verbundenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen in Frage gestellt würden. Vor allem mit Blick auf die anstehenden Marktliberalisierungen seien früh besetzte Marktnischen eine wichtige Ausgangsbasis. Hinzu komme, dass gewisse bei der Ernährungsbranche induzierte Multiplikatoreffekte verloren gingen.

Ebenfalls abgelehnt wird die Massnahme vom **SBV**, da diese der Qualitätsstrategie des Bundes und dem Ziel, bei einer Marktöffnung die Marktanteile in der Schweiz zu verteidigen, diametral zuwiderlaufe. Auch die **Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien**, die **Agro-Marketing Suisse** sowie **verschiedene regionale und überregionale Vermarktungs- und Produzentenorganisationen** lehnen diese Kürzungen mit gleicher Argumentation nachdrücklich ab: Mit den Beiträgen müssten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft erhalten und gleich lange Spiesse im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz geschaffen werden.

- ***Beihilfen Viehwirtschaft***

Die **KdK,** die **Kantone UR** und **ZG**, die **SAB** und der **SBV** lehnen die Massnahme ab, da die Beihilfen ein effizientes Instrument zur Beruhigung der Märkte bei saisonalen Schwankungen seien. Die Marktbedingungen könnten kurzfristig zu erheblichen Marktverwerfungen mit Auswirkungen auf den Absatz und beträchtlichen volkswirtschaftlichen Kosten führen. Der SBV weist überdies darauf hin, dass die Beiträge für die Schafwollverwertung erst kürzlich vom Parlament bestätigt worden seien.

- ***Allgemeine Direktzahlungen***

Die **KdK,** der **Kanton ZG**, die **SAB**, der **SBV** sowie **écologie libérale** lehnen die Massnahme ab. Zum einen wird auf die Bedeutung der Planungssicherheit für die Landwirte hingewiesen, die an vierjährige Planungsschritte gewöhnt seien. Zum andern wird an die ohnehin tiefen landwirtschaftlichen Einkommen in den Berggebieten erinnert, die einen weiteren Abbau - notabene für gemeinwirtschaftliche Leistungen - nicht zulassen. Der **SBV** sieht darin ein schlechtes Signal im Rahmen des laufenden Projekts zur Weiterentwicklung der Direktzahlungen. Er hält weiter fest, dass die Direktzahlungen nicht indexgebunden seien, was namentlich in einem Umfeld steigender Produktionskosten einer realen Minderung gleichkomme, und beantragt, dass die Reduktion der Direktzahlungen im Rahmen der jährlichen Schwankungen der Direktzahlungen berücksichtigt werde.

Der Kanton **ZG** weist darauf hin, dass eine Kürzung nicht zu einer Reduktion für Ethoprogramme und Öko-Massnahmen führen dürfe, da ab 2014 eine grosse Agrarreform anstehe.

BauenSchweiz erachtet die Kürzungen angesichts des hohen Bundesbeitrags in Form von Direktzahlungen eher für bescheiden.

- ***Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte***

Die **KdK** und der **Kanton ZG** sowie der **SBV** lehnen die Mittelkürzungen bis zum Abschluss der Doha-Runde (WTO) ab. Die Ausfuhrbeitrage stehen in Einklang mit den Bestimmungen geltender internationaler Abkommen und es bestünde vorläufig keine Veranlassung, die Beiträge zu kürzen. Sie stärkten den Schweizer Agrar- und Lebensmittelsektor und stabilisierten die internationalen Marktanteile.

2.3.21 Verschiedene Massnahmen im EVD

- ***Reduktion der Förderung von gemeinnützigen Bauträgern***

SP, Grüne, **CSP** sowie der **Kanton ZG**, der **SSV**, der **SGB**, **KV Schweiz** sowie der **Schweizerische Mieter/innenverband MV** lehnen die Massnahme ab, da die Kürzung eine negative Signalwirkung auf andere Investoren - namentlich auch Kantone - im gemeinnützigen Wohnbau hätte. Die angespannte Wohnraumversorgung namentlich in Städten und Agglomerationen würde mit der Reduktion des Fonds de Roulement verschärft, was dem Ziel einer gesunden Durchmischung der Bevölkerung entgegenlaufe. Zu beachten sei überdies der Zusammenhang zwischen Reduktionen der Wohnraumförderung und einer steigenden Beanspruchung von Ergänzungs- und Sozialhilfeleistungen.

Die **EVP** unterstützt die Verlangsamung der Einlagen in den Fonds angesichts des derzeit hohen Kapitalbestandes.

- ***Verzicht auf den Beitrag an den Schweizer Tourismus-Verband***

Die **EVP** ist mit der Kürzung des bescheidenen Bundesbeitrags einverstanden, den der breit abgestützte Schweizerische Tourismusverband kompensieren könne.

Der **Schweizer Tourismus Verband STV,** die **Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren RDK** und **GastroSuisse** lehnen die Massnahme ab. Ein Beitragsverzicht hätte den unmittelbaren Abbau relevanter Leistungskomponenten für den Bund zur Folge, darunter namentlich die Entwicklungsarbeiten neuer touristischer Produkte und nationaler Angebote, die Aufbereitung der Publikation „Schweizer Tourismus in Zahlen" oder auch die Beratung in der Destinationsentwicklung zur Verbesserung touristischer Strukturen.

2.3.22 Personal

SP und **CSP** sowie der **SGB, KV Schweiz** und **TravailSuisse** lehnen die Querschnittskürzungen im Personalbereich ab. Auf Kürzungen bei Lohn und Stellenbestand sei zu verzichten, um die Leistungsfähigkeit angesichts eines steigenden Aufgabenvolumens sowie die Konkurrenzfähigkeit des Bundes zu erhalten. Der **SGB** weist darauf hin, dass das Bundespersonal bereits einschneidende Abbaureformen hinter sich habe. Die **EDU** regt an, dass Einsparungen im Personalbereich primär durch Aufgabenverzichte und Effizienzsteigerungen, nicht aber durch Lohnmassnahmen erzielt werden sollten.

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagenen lohn- und stellenseitigen Kürzungen des Bundesrates. Die an Zahl und Intensität wachsenden, teilweise auch selbstverursachten Aufgaben der Verwaltung seien periodisch zu überprüfen und parallel zu Kürzungen im Transferbereich anzupassen. Für die **SAB** geht die Massnahme zu wenig weit; namentlich bestehe ein grösseres Kürzungspotential in der Verwaltung von Verbundaufgaben, wo sich der Bund auf strategische Aufgaben beschränken und seinen Apparat entsprechend kürzen solle.

- ***Lohnseitige Massnahmen***

Transfair lehnt die Massnahme ab, da damit die Kaufkraft der Löhne für das Bundespersonal nicht erhalten werden könne.

- ***Stellenseitige Massnahmen***

Transfair stimmt der Massnahme nur zu, sofern diese mit Aufgabenverzichten oder -reduktionen verbunden sind; die Bewältigung eines unveränderten oder steigenden Aufgabenvolumens mit weniger Personal wird hingegen abgelehnt.

- ***Übriger Personalaufwand***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

2.3.23 Beratungsaufwand

Die **EVP** und der **SSV** begrüssen die Massnahme, sind allerdings der Auffassung, dass die Kürzung im Vergleich zu anderen Massnahmen deutlich zu gering ausfällt. Generell würden zu viele externe Gutachten mit oft fragwürdigem Nutzen bestellt. Bei den Kürzungen ist der Trade-off zwischen externer Beauftragung und interner Erstellung kritisch zu berücksichtigen.

2.3.24 Informatik

Die **EVP** begrüsst die vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Bereich IKT. Das Potential für Effizienzsteigerungen bleibe allerdings enorm. Auf Luxuslösungen sei generell zu verzichten, ebenso solle der Einsatz von Open-Source-Lösungen im Bereich der Büroautomation systematisch erwogen werden. Der **Kanton ZG** hofft, dass der Bund namentlich im Rahmen des E-Government Wege zur Steigerung der Effektivität in der behördlichen Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen findet.

2.3.25 Übriger Eigenbereich der Bundesverwaltung

- ***Teilauflösung des Vertrags mit der Associated Press (AP)***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Verschiedene Kürzungen beim Sach- und Betriebsaufwand des VBS***

Zu dieser (Teil-)Massnahme sind keine Stellungnahmen eingegangen.

- ***Verzicht auf die Beschaffung von Fluggeräten***

Die **Grünen** stimmen der Massnahme zu.

2.3.26 Post- und Fernmeldeverkehr: Abgeltung an die Provider in der Fernmeldeüberwachung

Die **KdK** und die **Kantone ZG, JU** weisen auf die Notwendigkeit hin, dass der Bund mit Blick auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität bei den Fernmeldeunternehmen die rasche und zuverlässige Bereitstellung von richterlich angeordneten Überwachungen sicher stellt bzw. durch Regeln im Konzessionierungsverfahren sicher stellen lässt. Gleichzeitig seien auch die Gebühren der Kantone an den Dienst für besondere Aufgaben des EJPD zu überprüfen. Der **Schweizerische Verband der Telekommunikation** sowie **verschiedene Telekommunikationsanbieter** lehnen die Massnahme ab. Es wird ausführlich dargestellt, dass eine Überwälzung der Kosten für Fernmeldeüberwachungen auf die Telekommunikationsanbieter sich rechtlich weder bezüglich Überwachungsinstrumente noch bezüglich konkreter Überwachungsmassnahmen begründen lasse.

Die **EVP** ist mit der Massnahme einverstanden.

2.3.27 Abgeltung für Zeitungstransporte

SP, Grüne, EVP, die **KdK**, der **Kanton FR**, die **SAB** der **Schweizerische Gemeindeverband**, der **SGB**, der **Schweizerische Gewerbeverband**, die **Schweizer Presse**, die **IG Mitgliederpresse**, der **Schweizerische Mieter/innenverband (Sektionen Deutschschweiz und Romandie)** sowie **WWF**, **VCS** und **Pro Natura** lehnen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ab, da die weitere Kürzung der im internationalen Vergleich ohnehin bescheidenen Beiträge die Pressevielfalt namentlich auf regionaler und lokaler Ebene und mithin die demokratische Meinungsbildung massiv gefährde. Dies gelte insbesondere auch für die Mitgliederpresse, deren Bedeutung nicht bagatellisiert werden dürfe. Die Massnahme stehe überdies in Widerspruch zu Versprechungen des Bundesrats an das Parlament. Der **Schweizerische Gewerbeverband** betont namentlich die erheblichen Auswirkungen auf die zahlreichen Verbandszeitschriften seiner Mitglieder. Die **Schweizerische Post** weist darauf hin, dass die Massnahme den ohnehin defizitären Bereich und die Stellung des Konzerns schwächen würde.

Während die **EDU** eine angemessene Reduktion der Beiträge begrüsst, stellt sich das **Centre Patronal** nicht gegen die vorgesehene Massnahme.

2.3.28 Radio und Fernsehen: Bundesbeiträge zur Finanzierung von Swissinfo

Die **SP**, der **SGB** sowie das **Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM** lehnen die Streichung der Bundesbeiträge für Swissinfo ab. Die Massnahme werde zu einer substantiellen Reduktion oder gar zur Einstellung des Diensts von Swissinfo führen. Mithin gehe ein Programm verloren, das für Personen in anderen Ländern journalistisch hochstehend über die Schweiz berichte. Der **SSV** weist daraufhin, dass sich Bern als Zentrum der Hauptstadtregion in der Vergangenheit erfolgreich für den Medienplatz im Dienste des nationalen Politzentrums engagiert und profiliert habe. Die Streichung der Beiträge an Swissinfo würde diese Strategie bei einem Abbau von 120 Arbeitsplätzen empfindlich treffen, weshalb die **Stadt Bern** die Massnahme ablehne.

Die **EVP** kann sich eine Streichung der Bundesbeiträge vorstellen, falls die Existenz dieser wichtigen Internet-Plattform durch Synergien aus der Konvergenzstrategie von Radio und Fernsehen gewährleistet werden kann. Das **Centre Patronal** begrüsst die Massnahme angesichts eines breiten Alternativangebots im Internet.

Die **SRG SSR idée suisse** hält fest, dass der Wegfall des Bundesbeitrags zur Folge hätte, dass Swissinfo weder ganz noch teilweise weitergeführt werden könnte. Eine Alleinfinanzierung von Auslandangeboten durch die Gebührenzahler würde weder dem vom Parlament geäusserten Willen entsprechen noch wäre sie tragbar.

Die **Auslandschweizer-Organisation** sowie **gut 700 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer** sowie **Auslandschweizer-Vereine und -Clubs** lehnen die Aufhebung strikte ab. Sie weisen darauf hin, dass sie die Internet-Plattform swissinfo regelmässig nutzen würden und so einen vielfältigen Überblick über die in der Schweiz relevanten Themen erhielten. Auch liefere die Plattform wichtige Informationen zu Abstimmungsvorlagen. Schliesslich sei swissinfo ein wichtiges Instrument, um Freunden, Nachbarn und Arbeitskolleginnen und -kollegen im Ausland die komplexen politischen Zusammenhänge in der Schweiz näher zu bringen. Ohne swissinfo würde die Schweiz daher eine wichtige Stimme in der Welt verlieren.

2.3.29 Auswanderungsberatung

Die **EVP** ist mit der Aufhebung der unentgeltlichen Auswanderungsberatung einverstanden, da es sich hier nicht um eine zentrale Staatsaufgabe handelt. Auch der **Kanton ZG** unterstützt die Massnahme.

Die **Auslandschweizer-Organisation** hingegen hält die Aufhebung der Beratung auswanderungswilliger Personen durch den Bund für verfehlt. Die angebotenen Dienstleistungen würden einem offenkundigen Bedürfnis entsprechen.

2.3.30 Gewährung von Bürgschaften in Berggebieten

Die **KdK** und die **Kantone VD, JU** sowie die **SAB** lehnen die Massnahme ab, da es sich um eine faktische Lastenverschiebung auf die Kantone handelt, die aus regionalpolitischen Gründen in die Bresche springen müssten. Der **Kanton VD** erläutert, dass in Bergkantonen die bisherige Zielgruppe der Bürgschaften als Folge der Massnahme ähnliche kantonale Angebote in Anspruch nehmen könnte mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf deren Risiken und Leistungsvermögen.

Die **EVP** ist mit Massnahme einverstanden angesichts der sinkenden Beanspruchung der Bürgschaften und der Möglichkeit des revidierten Bürgschaftswesens, die Kürzung zu kompensieren.

2.3.31 Totalrevsion des Alkoholgesetzes

Der **Kanton ZG** fordert, dass die bisherige Bundesaufgabe zur Prävention von Alkoholmissbrauch auch im neuen Alkoholgesetz erwähnt und sicher gestellt wird. Dabei sollen zweckgebundene Mittel zu Handen des Bundes, aber auch der Kantone vorgesehen werden.

2.3.32 Teilrevision von Asyl- und Ausländergesetz

Der **Kanton FR** befürchtet bei allen drei Revisionsvorhaben, dass Lastenverschiebungen auf die Kantone stattfinden würden. Mit der formellen Verkürzung von Ordnungsfristen oder der Vereinfachung des Verfahrens sei die tatsächliche Ausreise von abgewiesenen Asylsuchenden keinesfalls sichergestellt. Im Fall eines längeren Verbleibs in der pauschal abgegoltenen Nothilfe hätten die Kantone zusätzlich entstehende Kosten zu tragen.

- ***Bezeichnung von Herkunftsstaaten***

Die **Grünen** lehnen die vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Migration generell ab. Die **KdK** und die **Kantone ZG** und **TI** zweifeln an der Wirksamkeit der Massnahme im erwarteten Ausmass, was allerdings keine Mehrbelastung der Kantone zur Folge haben werde.

- ***Vereinfachung des Asylverfahrens bei Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuchen***

Der **Kanton ZG** begrüsst die Grundidee der Massnahme, weist aber darauf hin, dass die Massnahme nur greife, wenn die organisatorischen und personellen Mittel der verfahrenszuständigen Organe verbessert würden. Ein Kürzung wirke sich hingegen negativ auf eine Verfahrensbeschleunigung aus. Sodann seien die Bemühungen des Bundes um Rückübernahme- und Migrationsabkommen weiter voranzutreiben.

Der **Kanton TI** wiederholt seine früher vorgebrachte Forderung, wonach der Bund die ordentlichen Sozialhilfebeiträge auch im Fall von Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuchen ausrichtet, und nicht auf die Nothilfepauschale ausweicht.

- ***Materielles Schnellverfahren, Kürzung Beschwerdefrist***

Die **CSP** lehnt die Verkürzung der Beschwerdefrist ab, welche mit 15 Tagen für die Abklärung der teils komplexen Sachverhalte, aber auch im Vergleich zu anderen Verwaltungsverfahren einmalig kurz sei.

2.3.33 Einnahmenseitige Massnahmen: Erhöhung der Tabaksteuer

Der **Kanton ZG** begrüsst die Massnahme auch aus Gründen der Prävention. **Vertreter der Tabakindustrie** fordern, die Modalitäten der Massnahme in einzelnen Punkten zu überdenken.

2.3.34 Einnahmenseitige Massnahmen: Anpassung der Gebühren zur Kostendeckung

Der **Kanton ZG** begrüsst die Massnahme zur Verbesserung des Äquivalenzvprinzips.

2.4 Alternative Massnahmenvorschläge

Die **SVP** fordert grundsätzlich eine Ausdehnung des Entlastungsvolumens und unterbreitet eine Liste mit spezifischen Reduktions- und Verzichtsvorschlägen in praktisch allen Aufgabengebieten. Dazu zählt die Aufhebung verschiedener Bundesstellen und -behörden, der Verzicht bzw. die Reduktion von Tätigkeiten im Eigenbereich sowie von diversen Subventionen und Beiträgen im Transferbereich.

Die **SP** wendet sich grundsätzlich gegen eine Haushaltsanierung auf Basis von Leistungskürzungen und schlägt stattdessen eine Reihe von alternativen Massnahmen zur Haushaltstabilisierung vor, die punktuell auf der Einnahmenseite ansetzen. Darunter fallen namentlich die Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung bei der Mehrwertsteuer, die Erhebung eines Stabilisierungsbeitrags des Finanzplatzes, die Ausklammerung von Investitionsausgaben des Bundes von der Schuldenbremse, die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer sowie die Prüfung der bestehenden Steuervergünstigungen.

Auch **economiesuisse** unterbreitet eine Liste mit zusätzlichen Entlastungsmassnahmen, die sich zumindest teilweise bereits kurzfristig und ohne bzw. mit geringen Gesetzesänderungen umsetzen liessen.

Die **SAB** unterbreitet punktuell vier Vorschläge mit weiterem Reformpotential: Erstens sollen NFA-Grundsätze konsequent umgesetzt werden. Dazu zähle auch, dass in den Verbundaufgaben sowie in den an die Kantone abgetretenen Aufgaben der Overhead in der Bundesverwaltung angemessen abgebaut werde und die Effizienzgewinne konsequent eruiert und realisiert würden. Diese seien der Aufgabenüberprüfung anzurechnen. Zweitens bestünden weiterführende Sparpotentiale bei der Beschaffung von IT-Infrastruktur (Open-Source-Lösungen) sowie in der Zentralisierung. Drittens seien bei den Beständen des Bundespersonals namentlich in der Kommunikation Synergien zwischen den Departementen nutzbar. Viertens wäre bei der Schweizer Repräsentation im Ausland eine engere Zusammenarbeit zwischen Schweiz Tourismus und der Landwirtschaftlichen Werbung wünschbar.

Die Listen mit alternativen Massnahmenvorschlägen sind auf den Internetseiten der genannten Organisationen aufgeschaltet.

Konsolidierungsprogramm 2011-2013 und Umsetzungsplanung Aufgabenüberprüfung

Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

A. Offizielle Vernehmlassungsteilnehmende

A1. Kantone und kantonale Direktorenkonferenzen

AG	Kanton Aargau	Canton d'Argovie	Cantone di Argovia
BL	Kanton Basel-Land	Canton de Bâle-Campagne	Cantone di Basilea Campagna
BS	Kanton Basel-Stadt	Canton de Bâle-Ville	Cantone di Basilea Città
FR	Kanton Freiburg	Canton de Fribourg	Cantone di Friburgo
GE	Kanton Genf	Canton de Genève	Cantone di Ginevra
GL	Kanton Glarus	Canton de Glaris	Cantone di Glarona
JU	Kanton Jura	Canton du Jura	Cantone del Giura
LU	Kanton Luzern	Canton de Lucerne	Cantone di Lucerna
SH	Kanton Schaffhausen	Canton de Schaffhouse	Cantone di Sciaffusa
TI	Kanton Tessin	Canton du Tessin	Cantone Ticino
TG	Kanton Thurgau	Canton de Thurgovie	Cantone di Turgovia
UR	Kanton Uri	Canton d'Uri	Cantone di Uri
VD	Kanton Waadt	Canton de Vaud	Cantone di Vaud
VS	Kanton Wallis	Canton du Valais	Cantone del Vallese
ZG	Kanton Zug	Canton de Zoug	Cantone di Zugo
KdK CdC	Konferenz der Kantonsregierungen	Conférence des Gouvernements cantonaux	Conferenza dei Governi cantonali
BPUK DTAP DCPA	Bau- Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz	Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement	Conferenza svizzera dei direttori delle pubbliche costruzioni, della pianificazione e della protezione dell'ambiente
FoDK CDFo	Konferenz der kantonalen Forstdirektoren	Conférence des directeurs cantonaux des forêts	Conferenza dei direttori cantonali delle foreste
LDK CDCA	Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren	Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture	Conferenza dei direttori cantonali dell'agricoltura
KÖV CTP	Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs	Conférence des directeurs cantonaux des transports publics	Conferenza dei direttori cantonali dei trasporti pubblici
SODK CDAS CDOS	Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen	Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales	Conferenza dei direttori cantonali delle opere sociali

A2. Parteien der Bundesversammlung			
CSP PCS	Christlich-soziale Partei	Parti chrétien-social	Partito cristiano sociale
CVP PDC PPD	Christlichdemokratische Volkspartei	Parti démocrate-chrétien	Partito popolare democratico
EDU UDF	Eidgenössisch-Demokratische Union	Union Démocratique Fédérale	Unione Democratica Federale
EVP PEV	Evangelische Volkspartei	Parti évangélique	Partito evangelico
FDP PLR	Die Liberalen	Les Libéraux-Radicaux	I Liberali
Grüne Verts Verdi	Grüne Partei der Schweiz (GPS)	Les Verts (PES)	I Verdi (PES)
SP PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz	Parti socialiste suisse	Partito socialista svizzero
SVP UDC	Schweizerische Volkspartei	Union Démocratique du Centre	Unione Democratica di Centro

A3. Schweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete			
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete	Groupement suisse pour les régions de montagne	Gruppo svizzero per le regioni di montagna
SGV ACS	Schweizerischer Gemeindeverband	Association des Communes Suisses	Associazione dei Comuni Svizzeri
SSV UVS UCS	Schweizerischer Städteverband	Union des Villes Suisses	Unione delle Città Svizzere

A4. Schweizerische Dachverbände der Wirtschaft			
economiesuisse	economiesuisse	economiesuisse	economiesuisse
KV / SEC / SIC	Kaufmännischer Verband	Société suisse des employés de commerce	Societé svizzera degli impiegati di commercio
SAV / UPS / USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband	Union patronale suisse	Unione svizzera degli imprenditori
SBV / USP / USC	Schweizerischer Bauernverband	Union suisse des Paysans	Unione svizzera dei Contadini
SGV / USAM	Schweizerischer Gewerbeverband	Union suisse des arts et métiers	Unione svizzera delle arti e mestieri
SGB / USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	Union syndicale suisse	Unione sindacale svizzera
travail.suisse	Travail Suisse	Travail Suisse	Travail Suisse

B1. Verschiedene Verbände, Organisationen und Agenturen		
Aids-Hilfe Schweiz	Aide suisse contre le sida	Aiuto aids svizzero
Aktionsgemeinschaft für die Wohnraumförderung	Communauté d'action pour la promotion du logement	Communauté d'action pour la promotion du logement
Arbeitsgemeinschaft für die provinzial-römische Forschung in der Schweiz (ARS)	Association pour l'archéologie romaine en Suisse (ARS)	Associazione per l'archeologia romana in svizzera (ARS)
Arbeitsgemeinschaft für die Urgeschichtsforschung in der Schweiz (AGUS)	Groupe de travail pour les recherches pré- et protohistoriques en Suisse (GPS)	Groupe de travail pour les recherches pré- et protohistoriques en Suisse (GPS)
Archäologie Schweiz	Archéologie Suisse	Archeologia Svizzera
a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art monumental	a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art monumental	a.r.h.a.m Association romande des historiens de l'art monumental
artho biovis	artho biovis	artho biovis
Arthur Edouard Ziegler	Arthur Edouard Ziegler	Arthur Edouard Ziegler
Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)	Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)	Association romande pour la protection des eaux et de l'air (ARPEA)
Association suisse des locataires - Section romande	Association suisse des locataires - Section romande	Association suisse des locataires - Section romande
ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband	Association suisse des transports routiers (ASTAG)	Associazione svizzera dei trasportatori stradali (ASTAG)
Auslandschweizer-Organisation (ASO)	Organisation des Suisses de l'étranger (OSE)	Organizzazione degli Svizzeri all'estero (OSE)
BauenSchweiz (Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft)	constructionsuisse (Organisation nationale de la construction)	costruzionesvizzera (Organizzazione nazionale della costruzione)
BiomassEnergie Die Informationsstelle von EnergieSchweiz	BiomassEnergie Le centre d'information du SuisseEnergie	BiomassEnergie Centro informazioni di SvizzeraEnergia
Bodenkundliche Gesellschaft der Schweiz (BGS)	Société suisse de pédologie (SSP)	Società svizzera di pedologia (SSP)
CardioVascSuisse	CardioVascSuisse	CardioVascSuisse
Centre Patronal	Centre Patronal	Centre Patronal
cemsuisse	cemsuisse	cemsuisse
CleantechAlps	CleantechAlps	CleantechAlps
Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monuments régionaux	Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monuments régionaux	Colloque des rédacteurs MAH et des historiens des monuments régionaux
Écologie libérale	Écologie libérale	Écologie libérale
energie-cluster.ch	energie-cluster.ch	energie-cluster.ch
Fachverband Infra	Fédération Infra	Federazione Infra
Fédération des Entreprises Romandes	Fédération des Entreprises Romandes	Fédération des Entreprises Romandes
Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde	Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde	Fondation pour l'histoire des Suisses dans le monde
Frauenrechte Beider Basel	Frauenrechte Beider Basel	Frauenrechte Beider Basel
Gastro Suisse	Gastro Suisse	Gastro Suisse
Kollegium für Hausarztmedizin (KHM)	Collège de médecine de premier recours (CMPR)	Collegio di medicina di base (CMB)
Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK)	Société d'histoire de l'art en Suisse (SHAS)	Società di storia dell'arte in Svizzera (SSAS)
Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte	Société des vétérinaires suisses	Société des vétérinaires suisses

Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV)	Syndicat du personnel des transports (SEV)	Sindacato del personale dei trasporti (SEV)
Gutsbetrieb St. Elisabeth	Gutsbetrieb St. Elisabeth	Gutsbetrieb St. Elisabeth
Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen	Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen	Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen
Interessengemeinschaft Mitgliederpresse	Communauté d'intérêt de la presse associative	Comunità d'interessi Stampa associativa
Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren der Schweiz (RDK)	Conférence des directeurs d'offices de tourisme régionaux de Suisse (CDR)	Conferenza dei direttori degli enti regionali svizzeri del turismo (CDR)
Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger	Conférence suisse des conservatrices et conservateurs de monuments	Conferenza svizzera delle soprintendenti e dei soprintendenti ai monumenti
Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen (KSKA)	Conférence suisse des archéologues cantonaux (CSAC)	Conferenza svizzera degli archeologi cantonali (CSAC)
Krebsliga Schweiz	Ligue suisse contre le cancer	Lega svizzera contro il cancro
LITRA Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr	LITRA Service d'information pour les transports publics	LITRA Servizio d'informazione per i trasporti pubblici
myclimate	myclimate	myclimate
Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik	Coordination politique des addictions	Coordination politique des addictions
Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung	Centre national d'information pour la conservation des biens culturels	Centro nazionale d'informazione per la conservazione dei beni culturali
Netzwerk Kinderbetreuung	Netzwerk Kinderbetreuung	Netzwerk Kinderbetreuung
Öbu works for sustainability	Öbu works for sustainability	Öbu works for sustainability
Procap Schweizerischer Invaliden-Verband	Procap - Association Suisse des Invalides	Procap - Associazione svizzera degli invalidi
Prométerre	Prométerre	Prométerre
Pro Natura	Pro Natura	Pro Natura
ProSpecieRara	ProSpecieRara	ProSpecieRara
Public Health Schweiz	Santé publique suisse	Salute pubblica svizzera
Rheumaliga Schweiz	Ligue suisse contre le rhumatisme	Lega svizzera contro il reumatismo
Schweizer Arbeitsgemeinschaft für klassische Archäologie (SAKA)	Association suisse d'archéologie classique (ASAC)	Associazione Svizzera di archeologia classica (ASAC)
Schweizer Geologenverband	Association suisse des géologues	Associazione svizzera dei geologi
Schweizer Heimatschutz	Patrimoine Suisse	Heimatschutz Svizzera
Schweizer Partikelfilter Verband	Schweizer Partikelfilter Verband	Schweizer Partikelfilter Verband
Schweizer Syndikat Medienschaffender	Syndicat suisse des mass media	Sindacato svizzero dei mass media
Schweizer Wanderwege	Suisse Rando	Sentieri Svizzeri
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Fundmünzen (SAF)	Groupe suisse pour l'étude des trouvailles monétaires (GSETM)	Gruppo svizzero per lo studio dei ritrovamenti monetali (GSSRM)
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Flüsse und Seen Aqua Viva	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Flüsse und Seen Aqua Viva	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Flüsse und Seen Aqua Viva
Schweizerischer Baumeisterverband	Société suisse des entrepreneurs	Società svizzera impresari costruttori
Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband	Fédération suisse des aveugles et malvoyants	Federazione svizzera dei ciechi e deboli di vista
Schweizerischer Burgenverein	Association suisse châteaux forts	Associazione svizzera dei castelli

Schweizerische Fachstelle Behinderte und öffentlicher Verkehr (BöV)	Bureau suisse Personnes handicapées et transports publics (HTP)	Centro svizzero Persone con handicap e trasporti pubblici (HTP)
Schweizerische Flüchtlingshilfe	Organisation suisse d'aide aux réfugiés	Organisation suisse d'aide aux réfugiés
Schweizerischer Forstverein	Société forestière suisse	Società forestale svizzera
Schweizerischer Gehörlosenbund (SGB)	Fédération suisse des Sourds (FSS)	Federazione svizzera dei Sordi (FSS)
Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie (SGH)	Société suisse d'hydrogéologie (SSH)	Società svizzera d'idrogeologia (SSI)
Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz	Conférence nationale suisse des ligues de la santé	Conferenza nazionale svizzera delle leghe per la salute
Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG)	Conférence suisse des déléguées à l'égalité entre Femmes et Hommes (CSDE)	Conferenza svizzera delle delegate alla parità fra Donne e Uomini (CSP)
Schweizerische Herzstiftung	Fondation Suisse de Cardiologie	Fondazione Svizzera di Cardiologia
Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz	Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband - Sektion Deutschschweiz
Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG)	Société suisse des officiers (SSO)	Società svizzera degli ufficiali (SSU)
Schweizerische Stiftung zur Förderung des Stillens	Fondation suisse pour la promotion de l'allaitement maternel	Fondazione svizzera per la promozione dell'allattamento al seno
Schweizer Tourismus-Verband (STV)	Fédération suisse du tourisme (FST)	Federazione svizzera del turismo (FST)
Schweizerischer Verband für Konservierung und Restaurierung	Association suisse de conservation et restauration	Associazione svizzera di conservazione e restauro
Schweizerischer Verband der Telekommunikation (asut)	Association suisse des télécommunications (asut)	Association suisse des télécommunications (asut)
Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW)	Société Suisse de l'Industrie du Gaz et des Eaux (SSIGE)	Société Suisse de l'Industrie du Gaz et des Eaux (SSIGE)
Schweizerische Vereinigung der AOC-IGP	Association suisse des AOC-IGP	Association suisse des AOC-IGP
Schweizerische Vereinigung der Eigentümer historischer Wohnbauten	Association suisse des propriétaires de demeures historiques	Domus Antiqua Helvetica (associazione svizzera dei proprietari di dimore storiche)
Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft	Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft	Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft
Schweizerischer Verband für Umwelt Technik (SVUT)	L'association Suisse pour le techniques de l'environnement (SVUT)	Association suisse pour les techniques de l'environnement (SVUT)
Schweizerische Vogelwarte	Station ornithologique suisse	Stazione ornitologica svizzera
Stiftung für das Tier im Recht	Stiftung für das Tier im Recht	Stiftung für das Tier im Recht
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage	Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio
Stiftung Pro Aqua-Pro Vita	Fondation Pro Aqua-Pro Vita	Fondazione Pro Aqua-Pro Vita
Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR	Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR	Stiftung Zentrum für nachhaltige Abfall- und Ressourcennutzung ZAR
Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA	Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA	Sucht Info Schweiz/Fach Verband Sucht/GREA

sustanaible engineering network switzerland	sustanaible engineering network switzerland	sustanaible engineering network switzerland
swissmem Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie	swissmem L'industrie suisse des machines, des équipements électriques et des métaux	swissmem L'industria metalmeccanica ed elettrica svizzera
Swiss Olympic	Swiss Olympic	Swiss Olympic
Swisscham - Africa	Swisscham - Africa	Swisscham - Africa
swisscleantech Association	swisscleantech Association	swisscleantech Association
Swisstransplant	Swisstransplant	Swisstransplant
Technik Thermische Maschinen (TTM)	Technik Thermische Maschinen (TTM)	Technik Thermische Maschinen (TTM)
Touring Club Schweiz (TCS)	Touring club suisse (TCS)	Touring club svizzero (TCS)
Trägerverein Culinarium	Trägerverein Culinarium	Trägerverein Culinarium
Transfair	Transfair	Transfair
Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen (VBSA)	Association suisse des exploitants d'installations de traitement des déchets (ASED)	Associazione svizzera dei dirigenti e gestori degli impianti di trattamento dei rifiuti (ASIR)
Verband Kindertagesstätten der Schweiz (KiTaS)	Association suisse des structures d'accueil de l'enfance (ASSAE)	Associazione svizzera strutture d'accoglienza per l'infanzia (ASSAI)
Verband öffentlicher Verkehr (VöV)	Union des transports publics (UTP)	Unione dei trasporti pubblici (UTP)
Verband Schweizer Presse	Presse Suisse	Stampa Svizzera
Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS)	Union des étudiant-e-s de suisse (UNES)	Unione svizzera degli universitari (USU)
Verband der schweizerischen Tabakpflanzervereinigung (Swiss Tabac)	Fédération des associations suisses de planteurs de tabac (Swiss Tabac)	Fédération suisse des associations de planteurs de tabac (SwissTabac)
Verband des Strassenverkehrs (FRS)	Fédération routière suisse (FRS)	Fédération routière suisse (FRS)
Verband der verladenden Wirtschaft (VAP)	Association des chargeurs (VAP)	Association des chargeurs (VAP)
Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte	Fédération des médecins suisses	Federazione dei medici svizzeri
Verein Feministische Wissenschaft Schweiz	Association Femmes Féminisme Recherche Suisse	Association Suisse Femmes Féminisme Recherche
Verkehrs-Club der Schweiz (VCS)	Association Transports et Environnement (ATE)	Associazione Traffico e Ambiente (ATA)
Waldwirtschaft Schweiz	Economie forestière Suisse	Economia forestale Svizzera
WWF Schweiz	WWF Suisse	WWF Svizzera

B2. Behörden, öffentliche Organisationen, Hochschulen, Hochschulinstitute		
Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen	Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen	Amt für Umwelt und Energie, Kanton St. Gallen
Berner Fachhochschule Rektorat	Haute école spécialisée bernoise Rectorat	Haute école spécialisée bernoise Rectorat
Berner Fachhochschule Technik und Informatik	Haute école spécialisée bernoise Technique et informatique	Haute école spécialisée bernoise Technique et informatique
Berner Fachhochschule/Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL)	Haute école spécialisée bernoise/Haute école suisse d'agronomie (HESA)	Haute école spécialisée bernoise/Haute école suisse d'agronomie (HESA)
Bundesstrafgericht	Tribunal pénal fédéral	Tribunale penale federale
Conservatoire et Jardin botaniques	Conservatoire et Jardin botaniques	Conservatoire et Jardin botaniques
Eidgenössische Fachhochschulkommission (EFHK)	Commission fédérale des hautes écoles spécialisées (CFHES)	Commissione federale delle scuole universitarie professionali (CFSUP)
Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD)	Commission fédérale des monuments historiques (CFMH)	Commissione federale dei monumenti storici (CFMS)
EPFL/Institut Microtechnique (IMT)	EPFL/Institut Microtechnique (IMT)	EPFL/Institut Microtechnique (IMT)
ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem-Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik	ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem-Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik	ETH Insitut für Pflanzen-, Tier- und Agrarökosystem-Wissenschaften (IPAS) Tiergenetik
Fachhochschule Nordwestschweiz	Fachhochschule Nordwestschweiz	Fachhochschule Nordwestschweiz
Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik	Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik	Fachhochschule Nordwestschweiz/Institut für Aerosol- und Sensortechnik
Fachhochschule Ostschweiz (FHO)	Fachhochschule Ostschweiz (FHO)	Fachhochschule Ostschweiz (FHO)
Ökozentrum Langenbruck	Ökozentrum Langenbruck	Ökozentrum Langenbruck
Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (crus.ch)	Conférences des Recteurs des hautes écoles spécialisés suisses (crus.ch)	Conferenza dei Rettori delle scuole universitarie professionali svizzere (crus.ch)
SASSA Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz	SASSA Conférence suisse des hautes écoles de travail social	SASSA Conferenza svizzera delle scuole universitarie professionali di lavoro sociale
Schweizer Filmarchiv	Cinémathèque suisse	Cineteca svizzera
Schweizerische Universitätskonferenz	Conférence universitaire suisse	Conferenza universitaria svizzera
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF)	Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS)	Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS)
Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich	Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich	Umwelt- und Gesundheitsschutz Stadt Zürich
Universität Freiburg Schweiz	Université de Fribourg Suisse	Université de Fribourg Suisse
Universität Neuchâtel	Université de Neuchâtel	Université de Neuchâtel
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life Sciences und Facility Management	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life Sciences und Facility Management	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften/Life Sciences und Facility Management

B3. Bundeseigene oder bundesnahe Organisationen und Unternehmungen		
Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH)	Conseil des écoles polytechniques fédérales (CEPF)	Consiglio dei politecnici federali (CPF)
Eawag	Eawag	Eawag
Paul Scherrer Institut	Paul Scherrer Institut	Istituto Paul Scherrer
Post	La Post Suisse	La Posta svizzera
Schweizerische Bundesbahnen (SBB)	Chemins de fer fédéraux suisses (CFF)	Ferrovie federali svizzere (FFS)
Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)	Musée national suisse (MNS)	Museo nazionale svizzero (MNS)
SRG SSR idée suisse	Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR)	Società svizzera di radiotelevisione (SSR)
Swisscom	Swisscom	Swisscom

B4. Firmen und Unternehmungen		
AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG	AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG	AAE Ahaus Alstätter Eisenbahn Cargo AG
SUISAG Dienstleistungen in der Schweineproduktion	SUISAG Le centre de prestations pour la production porcine	SUISAG Le centre de prestations pour la production porcine
Anicom AG	Anicom AG	Anicom AG
Aquatec AG	Aquatec AG	Aquatec AG
Batrec Industrie AG	Batrec Industrie AG	Batrec Industrie AG
British American Tobacco Schwitzerland SA	British American Tobacco Schwitzerland SA	British American Tobacco Schwitzerland SA
BSH Umweltservice AG	BSH Umweltservice AG	BSH Umweltservice AG
Colt Telecom Services AG	Colt Telecom Services AG	Colt Telecom Services AG
Charles Cahans Consulting	Charles Cahans Consulting	Charles Cahans Consulting
Effizienzagentur Schweiz AG	Effizienzagentur Schweiz AG	Effizienzagentur Schweiz AG
Emmi Schweiz AG	Marché EMMI SA	Marché EMMI SA
EREP s.a.	EREP s.a.	EREP s.a.
ESU-services fair consulting in sustainability	ESU-services fair consulting in sustainability	ESU-services fair consulting in sustainability
Expo Centre SA	Expo Centre SA	Expo Centre SA
Ferriere Cattaneo SA	Ferriere Cattaneo SA	Ferriere Cattaneo SA
FILTECTA AG	FILTECTA AG	FILTECTA AG
Finecom Telecommunications AG	Finecom Telecommunications AG	Finecom Telecommunications AG
Furka Reibbeläge AG	Furka Reibbeläge AG	Furka Reibbeläge AG
Gebr. Künzler Richterswil	Gebr. Künzler Richterswil	Gebr. Künzler Richterswil
Gramitech SA	Gramitech SA	Gramitech SA
Granit Green Networks SA	Granit Green Networks SA	Granit Green Networks SA
Hertig & Lador SA	Hertig & Lador SA	Hertig & Lador SA
Hug Engineering AG	Hug Engineering AG	Hug Engineering AG
Hupac SA	Hupac SA	Hupac SA
inNet Monitoring AG	inNet Monitoring AG	inNet Monitoring AG
Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG	Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG	Interessengesellschaft für gesunde Schweine AG
Jakob Bösch AG	Jakob Bösch AG	Jakob Bösch AG
Josef Meyer Bogie AG	Josef Meyer Bogie AG	Josef Meyer Bogie AG
Kanaltec AG	Kanaltec AG	Kanaltec AG
Kellro Porcs AG	Kellro Porcs AG	Kellro Porcs AG
Manometer AG	Manometer AG	Manometer AG
Matter Engineering AG	Matter Engineering AG	Matter Engineering AG
mcs Laboratory	mcs Laboratory	mcs Laboratory
Mecana Umwelttechnik AG	Mecana Umwelttechnik AG	Mecana Umwelttechnik AG
Migros	Migros	Migros
Neue Fricktaler Zeitung AG	Neue Fricktaler Zeitung AG	Neue Fricktaler Zeitung AG

Orange	Orange	Orange
Philip Morris SA	Philip Morris SA	Philip Morris SA
Planet Horizons Technologies SA	Planet Horizons Technologies SA	Planet Horizons Technologies SA
PROSE AG	PROSE AG	PROSE AG
Remporc AG	Remporc AG	Remporc AG
Reuss Engineering AG	Reuss Engineering AG	Reuss Engineering AG
S & V Engineering AG	S & V Engineering AG	S & V Engineering AG
Schenker Korner + Partner GmbH	Schenker Korner + Partner GmbH	Schenker Korner + Partner GmbH
Scheuchzer SA	Scheuchzer SA	Scheuchzer SA
Schweinezucht Doggen AG	Schweinezucht Doggen AG	Schweinezucht Doggen AG
SPF AG	SPF AG	SPF AG
Sunrise	Sunrise	Sunrise
TFC Engineering AG	TFC Engineering AG	TFC Engineering AG
T-Link Management AG	T-Link Management AG	T-Link Management AG
UFA AG	UFA AG	UFA AG
Umtec Technologie AG	Umtec Technologie AG	Umtec Technologie AG
Up-to-date Umwelttechnik AG	Up-to-date Umwelttechnik AG	Up-to-date Umwelttechnik AG
Watersolutions AG	Watersolutions AG	Watersolutions AG
Zimmermann Verfahrenstechnik AG	Zimmermann Verfahrenstechnik AG	Zimmermann Verfahrenstechnik AG

B5. Landwirtschaftliche Verbände und Vereinigungen		
Agro Marketing Suisse (AMS)	Agro Marketing Suisse (AMS)	Agro Marketing Suisse (AMS)
apisuisse	apisuisse	apisuisse
Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter (ASR)	Communauté de travail des éleveurs bovins suisse (CTEBS)	Communauté de travail des éleveurs bovins suisse (CTEBS)
Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)	Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)	Association des Groupements et Organisations Romands de l'Agriculture (AgorA)
Association nationales des coopératives vitivinicoles suisses	Association nationale des coopératives vitivinicoles suisses	Association nationales des coopératives vitivinicoles suisses
Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants	Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants	Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants
Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort	Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort	Association suisse pour un secteur agroalimentaire fort
Bio Suisse	Bio Suisse	Bio Suisse
Chambre d'agriculture du Jura Bernois	Chambre d'agriculture du Jura Bernois	Chambre d'agriculture du Jura Bernois
Chambre jurassienne d'agriculture	Chambre jurassienne d'agriculture	Chambre jurassienne d'agriculture
Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture
Die Schweizer Käsespezialisten (FROMARTE)	Artisans suisses du fromage (FROMARTE)	Artisans suisses du fromage (FROMARTE)
Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes	Développement de l'agriculture et de l'espace rural	Sviluppo dell'agricoltura e delle aree rurali (Agridea)
Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins Vaudois - FAPVV	Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins Vaudois - FAPVV	Fédérations des Associations Promotionnelles des Vins Vaudois - FAPVV
Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien	Fédération des industries alimentaires suisse	Federazione delle industrie alimentari svizzere
Gallo Suisse	Gallo Suisse	Gallo Suisse
Genossenschaft Prosus	Genossenschaft Prosus	Genossenschaft Prosus
IG Regionalprodukte	IG Regionalprodukte	IG Regionalprodukte
LOBAG	LOBAG	LOBAG
Mutterkuh Schweiz	Vache mère Suisse	Vacca madre Svizzera
Paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels	Paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels	Paritätische Kommission der Eierproduzenten und des Handels
Proviande	Proviande	Proviande
Schweinehaltergenossenschaft Appenzell	Schweinehaltergenossenschaft Appenzell	Schweinehaltergenossenschaft Appenzell
Schweinevermarktung	Schweinevermarktung	Schweinevermarktung
Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband	Union Suisse des paysannes et de femmes rurales	Unione svizzera delle donne contadine e rurale
Schweizer Fachstelle für Zuckerrübenbau	Centre betteravier suisse	Centre betteravier suisse
Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF)	Union professionnelle suisse de la viande (UPSV)	Unione professionale svizzera della carne (UPSC)
Schweizer Getreideproduzentenverband (SGPV)	Fédération suisse des producteurs de céréales (FSPC)	Federazione svizzera dei produttori di cereali (FSPC)

Schweizer Milchproduzenten	Producteurs suisses de lait	Produttori svizzeri di latte
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft haus- und landwirtschaftlicher BeraterInnen	Association suisse des conseillères(ers) en économie familiale et en agriculture	Association suisse des conseillères(ers) en économie familiale et en agriculture
Schweizerische Branchenorganisation Getreide, Ölsaaten und Eiweisspflanzen	Organisation de la branche suisse des céréales, oléagineux et protéagineux	Organisation de la branche suisse des céréales, oléagineux et protéagineux
Schweizerische Kommission für die Erhaltung von Kulturpflanzen	Commission suisse pour la conservation des plantes cultivées	Commissione svizzera per la conservazione delle piante coltivate
Schweizerische Stiftung für die kulturhistorische und genetische Vielfalt von Pflanzen und Tieren	Fondation suisse pour la diversité patrimoniale et génétique liée aux végétaux et aux animaux	Fondazione svizzera per la diversità socioculturale e genetica dei vegetali e degli animali
Schweizerische Vereinigung für Tierproduktion	Association suisse pour la production animale	Association suisse pour la production animale
Schweizerischer Schafzuchtverband	Fédération suisse d'élevage ovin	Federazione svizzera d'allevamento ovino
Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer SVZ	Fédération suisse des betteraviers	Fédération suisse des betteraviers
Schweizerischer Verein der Schweinehalter	Schweizerischer Verein der Schweinehalter	Schweizerischer Verein der Schweinehalter
Schweizerischer Viehhändler-Verband	Syndicat suisse des marchands de bétail	Associazione svizzera negozianti di bestiame
Schweizerischer Weinbauernverband	Fédération suisse des vignerons	Federazione svizzera dei viticoltori
Schweizerischer Ziegenzuchtverband (SZZV)	Fédération suisse d'élevage caprin (FSEC)	Federazione svizzera allevamento caprino (FSAC)
Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen Geflügelproduktion und -haltung	Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen Geflügelproduktion und -haltung	Stiftung Aviforum zur Förderung der schweizerischen Geflügelproduktion und -haltung
Schweizerische Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband suisseporcs	Fédération suisse des éleveurs et producteurs de porcs	Fédération suisse des éleveurs et producteurs de porcs
Solothurnischer Bauernverband	Solothurnischer Bauernverband	Solothurnischer Bauernverband
St. Galler Bauernverband	St. Galler Bauernverband	St. Galler Bauernverband
Suisseporcs Sektion Mittelland-West	Suisseporcs Sektion Mittelland-West	Suisseporcs Sektion Mittelland-West
Genossenschaft Swissherdbook	Société coopérative swissherdbook	Société coopérative swissherdbook
Switzerland Cheese Marketing AG	Switzerland Cheese Marketing AG	Switzerland Cheese Marketing AG
Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten	Union maraîchère suisse	Unione svizzera produttori di verdura
Walliser Landwirtschaftskammer	Chambre valaisanne d'agriculture	Chambre valaisanne d'agriculture
Zentralschweizer Bauernbund	Zentralschweizer Bauernbund	Zentralschweizer Bauernbund
Zuger Bauern-Verband	Zuger Bauern-Verband	Zuger Bauern-Verband

B6. Organisationen im Bereich Pferdewesen		
Association Equestre Neuchateloise	Association Equestre Neuchâteloise	Association Equestre Neuchateloise
Association nationale du cheval Avenches	Association nationale du cheval Avenches ANCA	Association nationale du cheval Avenches ANCA
Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)	Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)	Association Vaudoise pour la Défense de l'Infrastructure Indispensable au Cheval (AVIC)
Association Vaudoise des Sociétés Hippiques	Association Vaudoise des Sociétés Hippiques	Association Vaudoise des Sociétés Hippiques
Baselbieter Fahrverein	Baselbieter Fahrverein	Baselbieter Fahrverein
Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL)	Service de prévention des accidents dans l'agriculture (SPAA)	Servizio per la prevenzione degli infortuni nell'agricoltura (SPIA)
Bernischer Pferdezuchtverband	Fédération bernoise d'élevage chevalin	Fédération bernoise d'élevage chevalin
Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa	Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa	Cooperativa allevamento equino Cantone Ticino e Distretto Moesa
Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.	Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.	Deutscher Förderverein für Freiberger Pferde e.V.
Distanzreiter Nordwest	Distanzreiter Nordwest	Distanzreiter Nordwest
Fédération Équestre Romande	Fédération Équestre Romande	Fédération Équestre Romande
Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)	Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)	Federazione Ticinese Sport Equestri (FTSE)
Freiburgischer Verband für Pferdesport	Fédération fribourgeoise des sports équestres	Fédération fribourgeoise des sports équestres
Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)	Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)	Freunde des Westernreitens Nordwest (FWN)
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"	Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Pferd Schweiz/Cheval Suisse"
Interessengesellschaft Criollo-Schweiz	Interessengesellschaft Criollo-Schweiz	Interessengesellschaft Criollo-Schweiz
Interessengemeinschaft für das Maultier	Interessengemeinschaft für das Maultier	Interessengemeinschaft für das Maultier
Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)	Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)	Islandpferde-Vereinigung Schweiz (IPV CH)
Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft	Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft	Luzerner Warmblutzucht Genossenschaft
Nationales Pferdezentrum Bern	Centre Equestre National Berne	Centre Equestre National Berne
Niederländischer Freiberger Verein	Niederländischer Freiberger Verein	Niederländischer Freiberger Verein
Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft	Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft	Oberwalliser Pferdezuchtgenossenschaft
Observatoire de la filière suisse du cheval	Observatoire de la filière suisse du cheval	Observatoire de la filière suisse du cheval
Organisation der Arbeitswelt Pferdeberufe	Organisation du monde du travail, Métiers liés au cheval	Organizzazione del lavoro, Mestieri legati al cavallo
Pferdesport mit handicap.ch	Sport équestre avec handicap.ch	Sport équestre avec handicap.ch
Pferdezuchtgenossenschaft Aargau	Pferdezuchtgenossenschaft Aargau	Pferdezuchtgenossenschaft Aargau
Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel	Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel	Pferdezuchtgenossenschaft beider Basel
Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I	Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I	Pferdezuchtgenossenschaft Burgdorf I
Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln	Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln	Pferdezuchtgenossenschaft Einsiedeln
Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden	Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden	Pferdezuchtgenossenschaft Graubünden
Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung	Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung	Pferdezuchtverein Rheintal und Umgebung
PZG Passwang-Nord	PZG Passwang-Nord	PZG Passwang-Nord

PZG Schwarzenburg	PZG Schwarzenburg	PZG Schwarzenburg
Reit- + Fahrverein Laubberg, Gansingen	Reit + Fahrverein Laubberg, Gansingen	Reit + Fahrverein Laubberg, Gansingen
Reitclub Leimental	Reitclub Leimental	Reitclub Leimental
Reiterkameraden Aesch	Reiterkameraden Aesch	Reiterkameraden Aesch
Reiterverein Dornechberg	Reiterverein Dornechberg	Reiterverein Dornechberg
Reitgesellschaft Thayngen	Reitgesellschaft Thayngen	Reitgesellschaft Thayngen
Reitverein Farnsburg	Reitverein Farnsburg	Reitverein Farnsburg
Reitverein Laufen und Umgebung	Reitverein Laufen und Umgebung	Reitverein Laufen und Umgebung
Schweizer Haflingerverband	Fédération Suisse des Haflinger	Fédération Suisse des Haflinger
Schweizer Verband der Pferdehalter	Association suisse des détenteurs de chevaux	Association suisse des détenteurs de chevaux
Schweizer Zuchtgenossenschaft für arabische Pferde	Syndicat suisse d'élevage des chevaux arabes	Consorzio Svizzero per l'allevamento dei cavalli arabi
Schweizerische Interessengemeinschaft Eselfreunde SIGEF	Association suisse des amis des ânes	Associazione svizzera amici degli asini
Schweizerische Vereinigung für Pferdemedizin	Association suisse de médecine équine	Association suisse de médecine équine
Schweizerischer Freibergerzuchtverband	Fédération suisse d'élevage du cheval de la race des Franches-Montagnes	Federazione Svizzera d'allevamento di razza Franches-Montagnes
Schweizerischer Friesenpferdeverband	Association suisse du Cheval Frison	Association du Cheval Frison
Schweizerischer Shetlandpony - Verband (SSPV)	Fédération suisse du Poney Shetland (FSPS)	Fédération suisse du Poney Shetland (FSPS)
Schweizerischer Verband des Berberpferdes	Association suisse du Cheval Barbe	Association suisse du Cheval Barbe
Schweizerischer Verband für Pferdesport	Fédération suisse des sports équestres	Federazione svizzera sport equestri
Schweizerischer Verband für Ponys und Kleinpferde	Fédération suisse des poneys et petits chevaux	Fédération suisse des poneys et petits chevaux
Schweizerischer Verein der Züchter des Pferdes Reiner spanischer Rasse	Association suisse des éleveurs de chevaux de pure race espagnole	Association suisse des éleveurs de chevaux de pure race espagnole
Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft Balsthal	Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft Balsthal	Solothurnische Warmblut-Pferdezucht-Genossenschaft Balsthal
Sportpferdezuchtverein Bodensee	Sportpferdezuchtverein Bodensee	Sportpferdezuchtverein Bodensee
Swiss Western Riding Association (SWRA)	Swiss Western Riding Association (SWRA)	Swiss Western Riding Association (SWRA)
Syndicat Chevalin de Genève	Syndicat chevalin de Genève	Syndicat chevalin de Genève
Syndicat Chevalin de la Veveyse	Syndicat chevalin de la Veveyse	Syndicat chevalin de la Veveyse
Syndicat Chevalin Fribourgeois	Syndicat chevalin Fribourgeois	Syndicat chevalin Fribourgeois
Syndicat chevalin Montagne de Diesse	Syndicat chevalin Montagne de Diesse	Syndicat chevalin Montagne de Diesse
Syndicat Chevalin Vallée de Tavannes	Syndicat chevalin Vallée de Tavannes	Syndicat chevalin Vallée de Tavannes
Syndicat vaudois d'élevage Chevalin	Syndicat vaudois d'élevage Chevalin	Syndicat vaudois d'élevage Chevalin
Universität Bern/Pferdeklinik	Universität Bern/Pferdeklinik	Universität Bern/Pferdeklinik
Verband Schweizer Concoursreiter	Association suisse des cavaliers de concours	Association suisse des cavaliers de concours
Verband schweizerischer Pferdezuchtorganisationen	Fédération suisse des organisations d'élevage chevalin	Federazione svizzera delle organizzazioni d'allevamento equino
Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung	Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung	Verein IG-Pferdezucht Baselland und Umgebung
Vereinigung Pferd	Association cheval	Association cheval

Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland	Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland	Warmblutpferdezucht Genossenschaft Bern-Mittelland
Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten	Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten	Warmblutpferdezuchtgenossenschaft Bremgarten
Zuchtverband CH-Sportpferde	Fédération d'élevage du cheval de sport CH	Federazione d'allevamento del cavallo da sport CH

Zudem haben sich 743 Privatpersonen geäussert, wobei die Stellungnahmen schwergewichtig den Verzicht auf die Bundesbeiträge an Swissinfo betreffen.